

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfgang Pfeiler

Das russische
Deutschlandbild
und das sowjetische Bild
von der Bundesrepublik

Horst Günther Linke

Deutschland und die
Sowjetunion von
Brest-Litowsk bis Rapallo

B 16/72

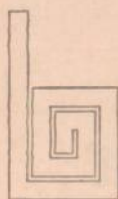
15. April 1972

Wolfgang Pfeiler, Dr. phil., geb. 1931 in Erfurt. Studierte zunächst in Dresden Chemie, später Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationsforschung in Bonn. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Industrie tätig.

Veröffentlichungen u. a.: Strategie einer Deutschland- und Ostpolitik, in: Conception, Mainz 1971; Promotion und Dissertation in der Sowjetunion, in: Hochschulpolitische Informationen, Nr. 21/1971.

Horst Günther Linke, Dr. phil., geb. 1942, seit 1969 wiss. Assistent am Seminar für osteuropäische Geschichte der Universität Bonn.

Veröffentlichung: Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels; Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilagen zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das russische Deutschlandbild und das sowjetische Bild von der Bundesrepublik

I. Zur Rolle von Nationenbildern in den internationalen Beziehungen

Erst in letzter Zeit hat die Wissenschaft von der Politik mehr und mehr damit begonnen, den Bereich der internationalen Beziehungen auch unter dem Aspekt zu untersuchen, inwieweit das Handeln der politisch Verantwortlichen von den Vorstellungen mitbestimmt wird, die sie von sich selbst und voneinander haben. Bisher wurde dieser Aspekt nur eher beiläufig gesehen. Lediglich dann, wenn diese Vorstellungen, die Bilder von der internationalen Umwelt, in sehr hohem Maße von der gegebenen Realität abwichen und ein erhebliches politisches Fehlverhalten bedingten, wurde ihnen erhöhte Aufmerksamkeit zuteil. Im allgemeinen war man allzusehr geneigt, davon auszugehen, daß unterschiedliche Beurteilungen einer gegebenen politischen Situation nur aus einer unterschiedlichen Interessenlage oder einem unterschiedlichen Informationsstand resultierten. So geschah es sehr häufig, daß man bei der Betrachtung von Ereignisabläufen kausale Zusammenhänge konstruierte, die letztlich gar nicht gegeben waren, die nur in der Situationstheorie des Betrachters als kausal erschienen. Andererseits wurden vielfach kausale Zusammenhänge einfach übersehen, weil die Situationstheorien der politischen Akteure nicht hinreichend beachtet wurden. Inzwischen haben Psychologie, Soziologie und Kommunikationsforschung einen Wissensstand erarbeitet, der es der Politikwissenschaft ermöglicht, die internationalen Ereignisabläufe zutreffender zu beurteilen, der aber auch dazu zwingt, manches, das schon für gesichert gehalten wurde, erneut zu überprüfen.

Eine wichtige Rolle in diesem Kontext spielen die Bilder, die Nationen oder Staaten bzw. deren politische Führungen von anderen Nationen oder Staaten haben. Diese Bilder bestimmen wesentlich die Theorie, die sich die

Bei der vorliegenden Abhandlung handelt es sich teilweise um einen Auszug aus dem im Droste-Verlag, Düsseldorf, erscheinenden Buch: Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion, von Jörg-Peter Mentzel und Wolfgang Pfeiler. Dieser Auszug wurde hier um eine Studie zum historischen Deutschenbild der Russen erweitert und durch eine Aussagenanalyse zum Unterschied zwischen internalem und externalem sowjetischen Heterostereotyp ergänzt.

Führer eines Staates von der gegebenen und der zu erwartenden außenpolitischen Situation machen. Und von dieser Situationstheorie hängt ihr Verhalten in der Welt ab. Das mag folgende Überlegung verdeutlichen: Gegeben seien zwei Staaten, deren Führungen jede ein bestimmtes Bild von sich selbst und von dem anderen Staat haben. Ihr politischer Verkehr miteinander hängt nun nicht von dem tatsächlichen Wesen des jeweils anderen, nicht von dessen realen Handlungen ab, sondern davon, wie diese Handlungen aufgrund des Bildes, das man vom anderen hat, interpretiert werden. Weicht dieses Bild vom anderen nun sehr von der Realität oder dem Bild ab, das der andere von sich selbst hat, so ist es im allgemeinen nicht mehr möglich, die Handlungen des anderen logisch zu verstehen. Es kommt dann im politischen Verkehr miteinander ständig zu Mißverständnissen.

Derartige Mißverständnisse müssen nicht notwendig zu einem Konflikt beider Staaten führen; sie können durch Paraphrasieren wieder überbrückt werden. Ist aber zwischen beiden Parteien zudem ein Interessengegensatz

Horst Günther Linke:

**Deutschland und die Sowjetunion von
Brest-Litowsk bis Rapallo S. 23**

gegeben, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß es zu einer Eskalation von solchen wechselseitigen Mißverständnissen kommt, die den Interessengegensatz verschärft und die Handlungen des jeweils anderen als feindlich und böseartig erscheinen läßt. Die Staatsführungen neigen dann dazu, das Mißverstehen auf der anderen Seite als ein absichtliches Mißverstehen zu deuten. Der Versuch, die eigenen Handlungen dem anderen durch Explikation der eigenen Situationstheorie plausibel zu machen, ist dann in der Regel schon fruchtlos, da diese Explikation von der anderen Seite nur noch als Propaganda aufgefaßt wird, als ein Versuch, die tatsächlichen Absichten zu verschleiern. Der Konflikt beginnt sich selbst durch positive Rückkopplungsprozesse mit zunehmender Tendenz zu verstärken.

Da aber in der Situationstheorie der politischen Führungen nicht nur die gegenwärtige

außenpolitische Lage abgebildet wird, sondern auch die künftige Entwicklung als Prognose enthalten ist, kommt es auch immer öfter zu sich selbst erfüllenden Prophezeiungen, d. h. zu Handlungen, die auf der anderen Seite eine Reaktion auslösen, der gegenüber eben diese Handlungen adäquate Gegenhandlungen gewesen wären, wenn sie nicht selbst diese Reaktion bedingt hätten. So kann es schließlich geschehen, daß die konfligierenden Parteien in ihrem tatsächlichen Verhalten den wechselseitigen Feindbildern immer ähnlicher werden.

Wenn man das Eskalieren solcher Konflikte verhindern will, wenn man erreichen will, daß Interessengegensätze auf der internationalen Ebene auf dem Wege des Ausgleiches und nicht des Konfliktes ausgetragen werden, so ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dazu, daß die politisch Handelnden sich dieser Zusammenhänge überhaupt erst einmal bewußt werden. Sie müßten stets im Auge behalten, daß die Wirklichkeit auf sehr verschiedene Weisen gesehen werden kann und daß auch das eigene Bild von der Welt nur eine dieser verschiedenen Weisen ist. Sie müßten die Bereitschaft haben, das eigene Bild von anderen Staaten von vornherein mit einem Fehlerkoeffizienten zu versehen, den es durch einen permanenten Informationsprozeß mit negativer Rückkopplung zu minimieren gilt. Sie dürften insbesondere nicht der Neigung nachgeben, das eigene Bild von der eigenen Nation mit der Wirklichkeit gleichzusetzen und davon abweichende Bilder als falsch oder als bösertige Verdrehung anzusehen. Sie sollten statt dessen bestrebt sein, eine möglichst genaue Kenntnis der Vorstellungen zu gewinnen, die andere von der eigenen Nation haben. Denn insoweit die Bilder, die andere von uns haben, deren politisches Handeln uns gegenüber bestimmen, sind diese Bilder für uns eine politische Realität. Und je genauer wir diese Bilder kennen, um so erfolgreicher werden wir mit anderen Staaten kommunizieren können.

In der Retrospektive erscheint die Geschichte des sogenannten ‚Kalten Krieges‘ und der damit eng verbundenen deutsch-sowjetischen Nachkriegsbeziehungen als ein recht anschauliches Beispiel für Prozesse der oben beschriebenen Art. Eine genaue Untersuchung des sowjetischen bzw. des historischen russischen Deutschlandbildes versprach hier Wesentliches zum Verständnis dieser Epoche beizutragen, aber auch wichtige Anhaltspunkte für die gegenwärtige und künftige sowjetische Politik zu geben. Auf die historische Rückschau mußte schon allein deshalb großer Wert gelegt werden, weil das Bild, das sich eine Nation von

einer anderen macht, durch den Charakter der wechselseitigen Beziehungen im Laufe der Geschichte vorgeformt ist. Allerdings ist es nicht so, daß diese wechselseitigen Beziehungen ein kontinuierliches Steuersystem eines solchen Nationenbildes wären. Wenn ein Nationenbild erst einmal entstanden ist — sei es durch historische Beziehungen oder durch Reisekontakte —, so gewinnt es über die Generationen hinweg eine gewisse Eigenständigkeit. Es wird irgendwann im Bewußtsein eines Volkes fixiert, wird an die nächste Generation weitergegeben und wirkt so seinerseits auf die historische Entwicklung mit ein. Dabei kann es durch rückgekoppelte Information, die im Verlaufe historischer Ereignisse aufgenommen wird, einer ständigen Korrektur unterliegen.

Da nicht alle Schichten eines Volkes ihre Erfahrungen in gleicher Weise machen und die Interessenlage bestimmter gesellschaftlicher Klassen im Hinblick auf ein anderes Land vom allgemeinen Interesse durchaus abweichen kann, kann es geschehen, daß ein solches Bild nicht einheitlich ist. Je nach der Interessenlage oder bestimmten unterschiedlichen Erfahrungen kann bei der einen oder anderen Schicht eines Volkes der eine oder andere Teil des Bildes stärker ausgeprägt oder dominant sein. Im Extremfall kann es aber auch so sein, daß innerhalb eines Volkes divergierende Vorstellungen von einem anderen Volk entstanden sind. Derartige Divergenzen im Bilde von einer anderen Nation oder von anderen Nationen (das letztere hieße von der internationalen Umwelt überhaupt) sind nun aber ein klares Indiz für innere Uneinheitlichkeit, denn die Bilder, die Nationen von anderen Nationen haben, sind ein wesentlicher Teil dessen, was eine Nation überhaupt zu einer Nation macht. Das Ausmaß der Divergenzen im Bilde von anderen Nationen reflektiert im allgemeinen bestehende innere Divergenzen.

Auch das Bild, das sich das russische Volk im Laufe der Jahrhunderte von den Deutschen und später von Deutschland gemacht hat, ist nicht einheitlich, oftmals sogar widersprüchlich und hat mit der Zeit viele Veränderungen erlebt. Einige Elemente dieses Bildes waren sehr früh schon vorhanden, einige sind erst in diesem Jahrhundert hinzugekommen, einige aber sind auch wieder verschwunden. Sie wurden eliminiert, als in Rußland die gesellschaftlichen Kräfte, an die sie gebunden waren, eliminiert wurden. Es soll hier versucht werden, die Entwicklung dieses Bildes zu skizzieren. Insbesondere soll gezeigt werden, welche Elemente des geschichtlichen Deutschenbildes der Russen in das sowjetische Bild von der Bundesrepublik eingegangen sind.

II. Vom historischen Deutschenbild der Russen

Die erste Begegnung zwischen Russen und Deutschen, die in der Erinnerung der Russen bis heute fortlebt, war der Versuch des Deutschen Ordens, nach Novgorod vorzudringen. Dem Fürsten Alexander gelang es, die deutschen Ordensritter 1241 entscheidend zu schlagen. Wenn auch Alexander seinen geschichtlichen Beinamen (Aleksandr Nevskij) dem Kampf gegen die Schweden und seine kirchliche Heiligsprechung seinem diplomatischen Geschick gegenüber den Mongolen verdankt, so ist doch die Schlacht auf dem Peipussee gegen die deutschen Kreuzritter in der historischen Erinnerung der Russen eines der herausragendsten Ereignisse ihrer Geschichte. Stalin berief sich auf Alexander Nevskij, als er das russische Volk 1941 zum Widerstand gegen Deutschland aufforderte, und die Erinnerungen an die „Brutalitäten der deutschen Kreuzritter“ werden gelegentlich noch heute wachgerufen.

Offenbar hat aber die Disziplin und das Arbeitsethos der Ritter des Deutschen Ordens ebenfalls einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Als Ivan der Schreckliche Mitte des 16. Jahrhunderts Teile des Ordensgebietes besetzen und ausplündern ließ, wurden mit den Gefangenen auch viele Deutsche nach Moskau abtransportiert und dort zum Nutzen des Russischen Reiches angesiedelt. Friedliche wirtschaftliche Beziehungen hatten sich zwischen Russen und Deutschen vor allem unter dem Einfluß der deutschen Hanse entwickelt. Schon 1189 wurde der erste Vertrag abgeschlossen. Wenn auch Novgorod nicht Hansestadt wurde, so spielte doch gerade diese Stadt im Rahmen der gegenseitigen Beziehungen eine hervorragende Rolle. Die Hanse unterhielt hier den sogenannten St. Peterhof und ihr Kontor. Ende des 15. Jahrhunderts wurden dann — unter Ivan III. — auch diplomatische Gesandtschaften ausgetauscht. Diese Beziehungen verschiedener Art wurden nach dem Ende der Rjurik-Dynastie schon unter Boris Godunov (1598—1605) wieder aufgenommen und erweitert. Insbesondere wurden die Rechte der ‚Nemeckaja Sloboda‘ erweitert, die aus einer schon vorher bestehenden evangelischen Gemeinde hervorgegangen war, in der die von Ivan dem Schrecklichen entführten Deutschen beherbergt wurden.

Nach dieser ‚Zeit der Wirren‘ wurde auch von der neuen Dynastie, den Romanovs, eine Politik der guten Beziehungen betrieben. Bereits in „Des weltberühmten Adami Olearii Reisebeschreibungen“ (1696 in Hamburg erschienen) wird die Deutschfreundlichkeit der Fa-

milie Romanov gelobt¹⁾. Doch nicht nur auf die Zarenfamilie erstreckte sich der Einfluß der ‚Nemeckaja Sloboda‘. Er umfaßte immer mehr die gesamte Oberschicht, so daß unter Zar Aleksej 1675 sogar einmal ein gesetzliches Verbot, die deutschen Sitten und Gebräuche nachzuahmen, erlassen wurde. Dieses Gesetz scheint jedoch keinen nachhaltigen Einfluß gehabt zu haben. Das Leben Peters des Großen (1672—1725) stand jedenfalls entscheidend unter dem Einfluß der ‚Nemeckaja Sloboda‘²⁾. Seine erste Freundin stammte von dort, und später heiratete er selbst eine Deutsche — Katharina. Auch seine Tochter Anna und seine Nichte Anna Ivanovna verheiratete er mit Deutschen, und die letztere war es dann, die als Zarin Anna eine Epoche einleitete, die das russische Deutschenbild erneut nachhaltig beeinflusste — die Zeit der sogenannten Bironóvská (1730—1741).

Peter der Große hatte bereits im Zuge seiner Reformen auch viele Deutsche in führende Stellungen berufen. Sie kamen als Handwerker und Kaufleute, als Ärzte und Apotheker, als Offiziere und Beamte, als Hauslehrer und auch als kolonisierende Bauern ins Russische Reich. Peter schätzte die „deutsche Gründlichkeit“ und handwerkliche Geschicklichkeit. An die von ihm begründete ‚Akademija Nauk‘ wurden in der Folge fast nur deutsche und französische Professoren berufen. Unter Zarin Anna, seiner Nichte, erreichte schließlich der deutsche Einfluß in Rußland seinen Höhepunkt. Anna herrschte mit Hilfe der „deutschen Partei“, einer Gruppe von deutschen Günstlingen, die zum großen Teil schon unter Peter in ihre Positionen gelangt waren. Die herausragende Figur dieser Zeit wurde der deutsche Baron Biron, (der ursprünglich Büren hieß), und dessen Name heute noch zur Bezeichnung dieser Epoche dient. Diese Gruppe von Deutschen errichtete mit Hilfe der ebenfalls schon von Peter geschaffenen Geheimpolizei eine Terrorherrschaft, die wegen ihrer Brutalität und Korruption fester Bestandteil der geschichtlichen Erinnerungen der Russen geworden ist.

„Deutsch war die Sprache der Händler und Fabrikanten, der Wissenschaft und der Hauslehrer“³⁾, und die ganze Wirtschaft wurde

¹⁾ Vgl. S. G. Pushkarév, *Russia and the West*, in: *The Russian Review*, April 1965, S. 141 f.

²⁾ Janko Lavrin, *The Two Worlds*, in: *The Russian Review*, Jan. 1968, S. 13.

³⁾ So Frank Freitag in einer Sendung des NDR am 22. 2. 1970.

von Deutschen beherrscht. Biron selbst verachtete die Russen und zeigte ihnen das auch, so daß diese relativ kurze Epoche — die Bironovščina — nicht nur als Terror-, sondern vor allem auch als Fremdherrschaft in Rußland empfunden wurde und sich als solche dem Geschichtsbewußtsein eingepreßt hat ⁴⁾.

Unter der nächsten Zarin, Elizaveta, wurden die Deutschen aus den unmittelbaren Spitzenpositionen verdrängt, aber schon unter Peter III. und besonders unter Katarina II., die die Tochter eines preußischen Generals war, erlangten sie wieder beträchtlichen Einfluß, wenn auch nie wieder eine derartige führende Rolle wie zur Zeit der Bironovščina. Die Behauptung ist sicher nicht von der Hand zu weisen, daß in der Außenpolitik dieser drei Zaren auch die jeweilige Einstellung zu den Deutschen im eigenen Lande reflektiert wurde. Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen der jähen Wende im Siebenjährigen Krieg darzulegen. Die Tatsache aber, daß die russischen Heere unter Elizaveta gewaltige Verwüstungen in den eroberten deutschen Gebieten anrichteten, während Peter die besetzten Territorien sogleich ohne Gegenleistung Preußens räumen ließ, spricht dafür, daß die Einstellung zu den Deutschen hier ein ausschlaggebender Faktor war. Das galt dann auch für Katarina.

Wie schon im 17., so kam es auch im 18. Jahrhundert in verschiedenen Teilen Rußlands zur Ansiedlung deutscher Einwanderer. Vor allem umfaßte das große Siedlungswerk, das Potemkin im Auftrag von Katarina durchführte, viele deutsche Siedler. Aus dieser Zeit stammt auch die Mär, die der sächsische Legationsrat Helbig erfunden hatte und die im übrigen Europa rasch verbreitet wurde — die Mär von den ‚Potemkinischen Dörfern‘. Sie erscheint als Prototyp einer weiteren historischen Erfahrung der Russen, der Erfahrung, daß die großen Reformwerke von den Deutschen falsch gesehen werden, daß sie entweder unter einem einseitigen Aspekt dargestellt oder überhaupt gänzlich entstellt werden. So konnte z. B. auch Lomonosov nicht verstehen, daß deutsche Historiker die russische Staatsgründung den Warägern zuschrieben ⁵⁾. Ähnliche Klagen finden sich auch heute immer wieder.

Während einerseits das Bild von den Deutschen durch die deutschen Einwanderer geprägt wurde — durch die Rolle, die Deutsche im russischen Leben spielten —, entwickelte

sich andererseits das Deutschenbild immer mehr und immer stärker dadurch, daß Russen nach Deutschland kamen, um dort zu studieren oder sich moderne Fertigungsmethoden anzueignen. In keinem anderen Land studierten so viele Russen wie in Deutschland. Zugleich nahm auch der Reiseverkehr von Russen „nach Europa“ zu. Und selbst wenn das Reiseziel nicht Deutschland selbst war, so führte doch der Reiseweg in vielen Fällen durch Deutschland. Und alle, die in Deutschland studiert und gelernt oder die Deutschland bereist hatten, trugen auf unterschiedliche Weise zu dem Deutschenbild bei, das sich später im 19. Jahrhundert in zahlreichen schriftlichen Zeugnissen niedergeschlagen hat.

Unter den Russen, die schon im 18. Jahrhundert Deutschland bereisten und schriftlich darüber berichteten, wäre vor allem D. I. Fonvizin zu nennen, ein russischer Beamter, der seinen Eindruck von Deutschland auf den allgemeinen Nenner zusammenfaßte: „Bei uns ist alles besser, wir sind ein größeres Volk als die Deutschen.“ ⁶⁾ Solche pauschalen negativen Aussagen waren aber doch meist mit Respekt und teilweise sogar mit Bewunderung für die deutsche Philosophie und Literatur verbunden. Nikolaj Karamzin etwa, der sich einerseits über die „geistlosen Gespräche der preußischen Offiziere“ mokiert, läßt andererseits in seinen „Briefen eines reisenden Russen“ keinen Zweifel daran, welch großen Eindruck ihm die deutsche Literatur gemacht hatte, und es war ihm sehr wichtig, in Deutschland Kant, Wieland und Herder zu besuchen, die seine Bewunderung hatten ⁷⁾. Überhaupt wurde kein Land von Russen so stark bereist wie gerade Deutschland ⁸⁾. Es wurde vor allem das bevorzugte Reiseland des hohen Adels. In vielen deutschen Badeorten waren russische Fürsten mit ihrem Anhang ein gewohnter Anblick geworden. Viele von ihnen verbrachten den ganzen Sommer dort. Fast alle sprachen deutsch und hatten enge verwandtschaftliche Kontakte mit dem deutschen Adel. Diese Beziehungen waren so eng, daß die Bezeichnung „der Kaiser“ in Deutschland fast zu einem Synonym für „der Zar“ geworden war. Der Kaiser, das war nicht der Kaiser in Wien, sondern der Zar in Moskau. Und so erschien beim Tode von

⁴⁾ Zitiert nach Walter Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin 1965, S. 50.

⁷⁾ Vgl. Ludolf Müller, Ein Jahrhundert deutsch-russische Wechselseitigkeit in Literatur und Dichtung, in: Werner Markert (Hrsg.), Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Stuttgart 1964, S. 210—212.

⁸⁾ Georg v. Rauch, Streiflichter zum russischen Deutschlandbild des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbücher für Geschichte Ost-Europas, NF. 12/1964, S. 5.

⁴⁾ Vgl. Wanda Berg-Papendick, Rossija, Bad Godesberg 1957, S. 84; ferner Günther Stökl, Osteuropa und die Deutschen. Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft, München 1970, S. 113.

⁵⁾ Vgl. G. Stökl, a. a. O., S. 114.

Nikolaj I. die deutsche „Kreuzzeitung“ sogar mit der Schlagzeile „Unser Kaiser ist tot“.

Auch die Erzieher und Hauslehrer in Rußland waren zu einem großen Teil Deutsche. In der russischen Literatur des 19. Jahrhunderts ist der deutsche Hauslehrer beinahe so etwas wie ein Stereotyp geworden: gebildet, charaktervoll und gutmütig, ein bißchen schüchtern, ein bißchen zu unterwürfig, eher pedantisch als gewissenhaft und im ganzen eine etwas lächerliche Figur. Aber auch in der Politik spielten Deutsche weiterhin eine nicht unwesentliche Rolle. Viele Zaren hatten deutsche Erzieher in ihrer Jugend oder wurden von solchen Russen erzogen, die selbst lange in Deutschland gewesen waren und sie mit der deutschen Kultur vertraut machten. So kann man die deutschfreundliche Einstellung von Alexander II. sicher mit darauf zurückführen, daß Žukovskij viele Jahre lang sein Erzieher war, der neben Turgenev auch Goethe und die Brentanos zu seinen Freunden zählte.

Indessen hatte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine gewisse Verschiebung in den Beziehungen der Russen zum Ausland ergeben. Das war eine unmittelbare Folge des Napoleonischen Krieges gegen Rußland, in dessen Verlauf die russische Armee bis nach Frankreich, bis nach Paris marschierte. Der Deutsche war nun nicht mehr, wie es Laqueur ausgedrückt hat, „der Ausländer par

excellence“⁹⁾. Der französische Einfluß wurde stärker. Im Denken der Dekabristen etwa spielten deutsche oder preußische Ideen überhaupt keine Rolle. Doch hatte andererseits der Verlauf des Krieges die deutsch-russischen Beziehungen noch erheblich vertieft. Wenn es auch nicht an Gegenstimmen gefehlt hat, so trug doch die Konvention von Tauroggen hierzu nachhaltig bei.

Zar Alexander I. holte sich deutsche Berater ins Land, unter denen wohl der Freiherr vom Stein der prominenteste war. Aber auch in der Armee spielten deutsche Generäle und Offiziere wie Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz eine entscheidende Rolle. Das ging zeitweilig so weit, daß ein russischer General den Zaren darum bitten mußte, „zum Range eines Deutschen befördert zu werden“. Ähnlich war die Situation auch in der Zivilverwaltung der Armee, und im diplomatischen Korps befanden sich Deutsche in der Mehrzahl. Auch mit dem Tode Alexanders änderte sich das nicht. So waren die beiden engsten Vertrauten von Nikolaj I. ebenfalls Deutsche. Und weiterhin wanderten viele Deutsche ins Baltikum und ins Innere des russischen Reiches ein; sie wurden überall von den Russen gern gesehen. Gegen Ende des Jahrhundert war es dann so, daß Deutsche, die nur ein Prozent der Bevölkerung ausmachten, schließlich etwa 40% der führenden Positionen im Lande innehatten¹⁰⁾.

III. Die Reflexion des russischen Deutschenbildes im 19. Jahrhundert

Im Laufe all dieser Geschehnisse hatte sich in Rußland ein Deutschenbild entwickelt, dessen hervorstechendstes Merkmal wohl eine Dichotomie zwischen Verachtung und Bewunderung war. Vor allem der russische Adel hegte den „unterwürfigen Deutschen“ gegenüber tiefe Verachtung, während man Frankreich überwiegend Bewunderung entgegenbrachte. Die deutsche Sprache, obgleich viel weiter verbreitet als die französische, galt als weniger vornehm. Und auch der Spitzname „Kolbasnik“, den man dem Deutschen beigelegt hatte (der etwa Wurst oder Wurstmacher bedeutete), klingt herablassend verächtlich. Andererseits wurden die Deutschen aber auch wegen ihrer Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ehrlichkeit, ihres Fleißes und teilweise auch wegen ihrer technischen Fertigkeiten bewundert. So berichtete etwa Saltykov-Scedrin um 1880, daß die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Eisen-

bahn einen nachhaltigen Eindruck auf ihn gemacht hätten¹¹⁾.

Dieser wissenschaftlich-technische Aspekt im Deutschenbild scheint jedoch im wesentlichen noch aus früheren Jahrhunderten überliefert worden zu sein und spielte im 19. Jahrhundert nur noch eine geringe Rolle. Wenn Laqueur schreibt, daß die Russen die Deutschen als Meister und Lehrer bewunderten¹²⁾, so galt das zu dieser Zeit sicherlich nicht mehr für den Bereich von Wissenschaft und Technik. Diese Rolle hatten in der Vorstellung der Russen nun die Engländer übernommen, die jetzt als das wirtschaftlich und technisch führende Volk der Erde galten.

Die Deutschen dagegen galten zu dieser Zeit als ein überwiegend unpraktisches Volk, das der Philosophie, der Musik und der Poesie zu-

⁹⁾ Zum Vorstehenden vgl. Victor Frank, *Russians and Germans*, in: *Survey*, Nr. 44—45/1962, S. 66 bis 68.

¹²⁾ Laqueur, a. a. O., S. 13.

¹⁾ W. Laqueur, a. a. O., S. 49.

¹⁰⁾ W. Laqueur, ebenda.

neigt, jedoch für Technik und Unternehmertum ungeeignet ist¹³). Sie schienen von einer „geradlinigen Schwerfälligkeit“ zu sein, wie Veselovskij es ausdrückte. Oder wie Košelov 1874 kurz und bündig schrieb: „Die Deutschen sind klug in der Theorie, aber dumm im praktischen Leben.“¹⁴) Im Bereich von Philosophie und Literatur aber hatten die Deutschen ihre Stellung als bewunderte Meister und Lehrer noch weiter ausbauen können. Hegel, Kant, Fichte, Schelling, Feuerbach, Stirner, Nietzsche, Savigny und später Marx, Bebel, Lassalle, Engels, Dietzgen und Kautsky hatten einen mächtigen Einfluß auf das russische Denken. Teilweise war ihr Einfluß — wie etwa bei Hegel — in Rußland größer als in Deutschland. Aus dem literarischen Bereich wurden vor allem Goethe und Schiller viel gelesen. Von letzterem sagt Laqueur nicht nur, daß sein Einfluß in Rußland größer gewesen sei als in Deutschland. Er meint, Schillers Einfluß in Rußland sei sogar größer gewesen als der jedes anderen Dichters überhaupt¹⁵). Und Pushkarev berichtet, daß um die Jahrhundertwende auf dem russischen Büchermarkt 133 deutsche Autoren mit insgesamt 348 Titeln vertreten gewesen seien. Damit lag die deutsche Literatur zu dieser Zeit zwar hinter der Frankreichs auf dem zweiten Platz, rangierte aber klar vor der anglo-amerikanischen¹⁶).

Das Bild von den Deutschen hat seinen Ausdruck in vielen schriftlichen Zeugnissen gefunden. Das gilt ganz besonders für die russische Intelligenz, die ja zu einem großen Teil in Deutschland studiert hatte. Mit ihren Aussagen über Deutschland, mit den deutschen Charakteren, die in ihren Werken gezeichnet sind, haben die russischen Schriftsteller dann ihrerseits auf das Deutschenbild vertiefend eingewirkt, das sich im russischen Volke zuvor schon entwickelt hatte und das sie widerspiegeln. Ein sehr großer Teil dieser Werke wird auch heute noch in weitesten Kreisen der Sowjetunion gelesen. Es gibt wohl kaum ein anderes Land auf der Erde, in dem die Belletristik des 19. Jahrhunderts einen so großen Teil der Bevölkerung heute noch erreicht wie in der Sowjetunion. Und damit wird auch das Bild von den Deutschen, so wie die russischen Klassiker es zeichneten, den Menschen dort immer aufs neue vor Augen geführt. Es erscheint deshalb wichtig, auf einige dieser Klas-

siker und ihre Aussagen über Deutschland und die Deutschen etwas näher einzugehen.

Ivan S. Turgenev hatte wohl von ihnen allen die meisten Sympathien für Deutschland. In einem Streit mit Dostojewskij erklärte er sogar einmal, er fühle sich mehr als Deutscher denn als Russe und sei stolz darauf¹⁷). Er liebte die deutsche Romantik und sah in ihr einen dem russischen Fühlen verwandten Wesenszug. Aber so sehr er die deutsche Literatur, die deutsche Kunst und die deutsche Philosophie bewunderte, war er doch kein kritikloser Verehrer alles Deutschen schlechthin. Er betonte den Fleiß und die Sauberkeit der Deutschen, fühlte sich aber von den deutschen Kleinbürgern und Philistern wenig angetan und bezeichnete sie einmal als „gänzlich dumm“. Er hatte Sympathien für die deutsche Einigung, die damals das wichtigste politische Ziel der Deutschen war, lehnte aber andererseits „Bismarcks Militarismus“ ab. Dieser schien ihm offenbar auch einen negativen Einfluß auf das deutsche Geisteschaffen zu haben, so daß er später einmal äußerte: „Die Deutschen können vielleicht die ganze Welt erobern, aber das Erzählen haben sie verlernt.“¹⁸)

Auch *Alexander Herzen* schätzte Hegel und Goethe wie überhaupt die deutsche Philosophie und Literatur, doch war sein Urteil über die Deutschen im ganzen gesehen negativer. Er hielt sie für schwerfällig und grob, für notorische Besserwisser und Schulmeister. Er sprach ihnen auch — obwohl er nicht zu den Slawophilen gehörte, sondern ein sogenannter Westler war —, die Fähigkeit ab, die Russen zu begreifen. Deutschland habe zwar den Sozialismus hervorgebracht, aber die deutsche Wirklichkeit stehe dem entgegen. Ähnlich äußerte sich auch *Gontjarov*, nur war er noch eine Nuance negativer im Urteil. In seinen Augen waren die Deutschen eher arrogant als nur schulmeisterlich. Sie seien ein „Haufen patentierter Spießbürger“ und „keine Gentleman“. Alles müsse bei ihnen nach der Regel gehen. Teilweise erscheinen sie auch als brutal und ausgesprochen böse¹⁹).

Bei *Lev Tolstoj* haben die Deutschen gar keine sympathischen Züge mehr. Sie erscheinen einerseits pedantisch und genau, andererseits

¹³) Igor Kon, Nacional'nyj charakter — mif ili real'nost'?, in: Inostrannaja literatura, Nr. 9/1968.

¹⁴) Zitiert nach F. W. Neumann, Das Bild des Deutschen im russischen Schrifttum, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Bd. VII, 1961, S. 245 u. 248.

¹⁵) Laqueur, a. a. O., S. 20 u. 51.

¹⁶) Pushkarev, a. a. O., S. 152.

¹⁷) Janko Lavrin, Dostojewskij in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 80.

¹⁸) Zitiert nach Müller, a. a. O., S. 217 f. Siehe ferner Laqueur, a. a. O., S. 18 f., v. Rauch, a. a. O., S. 25—27, Neumann, a. a. O., S. 241 f.

¹⁹) Zu diesem Absatz siehe v. Rauch, a. a. O., S. 18 f., Laqueur, a. a. O., S. 18, Müller, a. a. O., S. 44 f., Pushkarev, a. a. O., S. 147. Ferner Herzen, My Past and Thoughts, Vol. II, London 1924, S. 147.

prahlerisch und mit ihren Kriegserlebnissen prätend. „Der Deutsche ist selbstbewußter als alle anderen Nationen, schlichter und unentwegter und widerwärtiger als alle anderen, weil er sich einbildet, er kenne die Wahrheit, die Wissenschaft, die er selbst erdachte, die aber für ihn absolute Wahrheit ist“, schreibt er in „Krieg und Frieden“. Er bescheinigt ihnen mangelhaftes Einfühlungsvermögen, das auch zu einem Nichtverstehen der politischen Umwelt und ihrer Zusammenhänge führe. Ihre Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit kann ihnen hier nicht weiterhelfen. Etwas weniger feindlich, dafür aber herablassender beurteilte *Nikolaj Gogol* die Deutschen. Er sah einen steten Gegensatz zwischen ihrem Idealismus, ihrer Romantik und der trivialen deutschen Wirklichkeit. Seine ursprüngliche Schwärmerie, seine Gedanken vom wundersamen, phantastischen Deutschland seien bei der Konfrontation mit der Wirklichkeit schnell verschwunden. Die Deutschen hätten Kartoffelblut in den Adern. Sie seien zwar sauber, zuverlässig und ehrlich, aber sie neigten dazu, alles im voraus zu planen und hätten wenig Einfühlungsvermögen²⁰⁾.

Fedor Dostojewskij erkannte an, daß die Deutschen in vielem Lehrmeister für die Russen gewesen waren. Er lobte ihre Tüchtigkeit, sprach aber von einem Arbeitseifer über das Pflichtpensum hinaus. Diese Leistungen veranlaßten sie dann zu ungeheurer Prahlucht. Überwiegend ist seine Haltung zu den Deutschen durch Abneigung bestimmt und seine Meinung von ihnen ist nicht allzu hoch: „Mögen sie auch gelehrt sein, sie sind gleichwohl furchtbare Dummköpfe. Das ganze Volk hier versteht zu lesen und zu schreiben, ist aber ganz unwahrscheinlich dumm und blöd, und es hegt die allerniedrigsten Interessen“, schrieb er in Deutschland nieder²¹⁾. Seiner Meinung nach hatten die teils langweiligen und dummen, teils überheblichen und rohen Deutschen gerade mit dem russischen Volk nichts gemein. Nach dem deutschen Sieg über Frankreich und der erfolgten Reichsgründung — (*Dostojewskij* hatte sich inzwischen ganz dem Panslawismus zugeneigt) — äußerte er Bewunderung für *Bismarck* und dessen staatsmännische Leistung, zugleich aber Zweifel an der Dauerhaftigkeit dieses neuen Staatengebildes. Es sei der wesentlichste Zug dieses Volkes, sagte er, sein Schicksal nicht zu akzeptieren. Der Germane sei jetzt von seinem Triumphe überzeugt und meine, daß es kein höheres Wesen in der Welt gebe als das germanische. Deutschland glaube

sich jetzt zur Führung der ganzen Welt berufen und werde aus Angst vor der wachsenden russischen Macht in eine für Deutschland selbst verhängnisvolle Verstrickung mit der zur Zeit gegebenen politischen Abhängigkeit von Rußland geraten²²⁾.

Diese bemerkenswerte politische Voraussage basiert auf einem Bild von den deutschen politischen Eliten, das auch in unserer Zeit in dieser oder ähnlicher Form gegeben ist, nur daß es im heutigen Rußland wesentlich weiter verbreitet ist als zu *Dostojewskijs* Zeiten: Es ist die Vorstellung, daß die deutsche politische Führung sich selbst maßlos überschätzt, daß sie nicht bereit ist, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie ist.

Im allgemeinen wurde die deutsche Reichsgründung in der russischen Bildungswelt noch unfreundlicher aufgenommen. So wie etwa *Skobelev* (der Eroberer Turkestans) im Deutschen und seinem „Drang nach Osten“ den Feind schlechthin für Rußland sah, so sah auch *Konstantin Leontjev* in der „schäbigen, kleinbürgerlichen, schulmeisterlichen Deutschen“ eine politische Gefahr für Rußland. Es gelte daher, den deutschen „Drang nach Osten“ möglichst nach Westen abzulenken²³⁾. Die deutsche Gefahr erschien wahrscheinlich deshalb besonders bedrückend, weil in den Augen sehr vieler Russen (z. B. *Herzen*, *Dostojewskij*, *Pogodin*) die Deutschen an sich und nicht nur ihre Führung militant oder militaristisch waren. In jedem deutschen Staatsbürger stecke der Soldat²⁴⁾; deutsche Männer schienen dem russischen Bildungsbürger „in Zivil verkleidete Feldweibel“ zu sein²⁵⁾.

Wollte man das Deutschenbild, das die russische Literatur des 19. Jahrhunderts gezeichnet hat, auf die überall und immer wieder auftretenden Elemente reduzieren, so müßte man besonders die Eigenschaften Fleiß, Sparsamkeit, Redlichkeit, Ordnungsliebe, aber auch die weniger sympathischen Seiten Geiz, Spießertum, Schulmeisterei, Pedanterie und Prahlucht anführen. Ihren prototypischen Ausdruck finden diese Eigenschaften vor allem im Bilde des deutschen Hauslehrers, wie es schon beschrieben worden ist: Bestenfalls ein ebenso ehrenwerter wie lächerlicher Lehrmeister²⁶⁾.

²⁰⁾ *Dimitrij Tschizjewskij* — *Dieter Groh* (Hrsg.), *Europa und Rußland*, Darmstadt 1959, S. 481 und 486 f. Ferner *Lavrin*, *Dostojewskij*, a. a. O., S. 126 f.

²¹⁾ *Laqueur*, a. a. O., S. 56, und v. *Rauch*, a. a. O., S. 31 f.

²²⁾ *Neumann*, a. a. O., S. 243.

²³⁾ *Fedor Stepun*, *Vergangenes und Unvergängliches*, 3. Teil, München 1950, S. 234.

²⁴⁾ *Helen v. Ssachno* in einer Sendung des Deutschlandfunks am 11. 5. 1967. Ferner *Neumann*, a. a. O., S. 244 f., und *Günther Specovius*, *Die Russen sind anders*, Düsseldorf — Wien 1963, S. 182.

²⁵⁾ Zu diesem Absatz siehe v. *Rauch*, a. a. O., S. 22 u. 40 f., (Note 126); ferner *Neumann*, a. a. O., S. 242—244, *Laqueur*, a. a. O., S. 18 f.

²⁶⁾ Zitiert nach v. *Rauch*, a. a. O., S. 29 f.

Und wenn sich auch immer wieder für bestimmte deutsche Leistungen auf dem Gebiet der Philosophie und der Literatur Bewunderung findet, wenn auch einzelne deutsche Persönlichkeiten in Rußland höchste Anerkennung genießen, so zeigt sich doch allgemein und eindeutig ein Überlegenheitsgefühl der Russen über die Deutschen, das sich meist in Form einer gewissen nachsichtigen Herablassung äußert.

Aufgrund dieses allgemeinen Deutschenbildes und auch im Hinblick auf das gute Zusammenleben von Russen und Deutschen könnte man, wie Victor Frank das tut, mit Recht zu dem Schluß kommen, daß die Russen die Deutschen niemals gehaßt haben. Aber auch das Element des Deutschenhasses hat es im Verlaufe der russischen Geschichte durchaus gegeben, und zwar stets verbunden mit fortschrittsfeindlichen, rassistischen (panlawistischen oder slawophilen) oder orthodox-religiösen Einstellungen. Das findet sich schon bei dem Anarchisten Bakunin, der ursprünglich dasselbe Bild wie die Mehrzahl seiner gebildeten Zeitgenossen hatte: Die Deutschen seien schreckliche Philister und überhaupt ein lächerliches Volk. Er hatte auch Bewunderung für die deutsche Literatur empfunden, vor allem für Schiller, Hegel und Fichte, war aber dann nach einem längeren Deutschlandaufenthalt insbesondere von der deutschen Professorenschaft zutiefst enttäuscht worden. So schrieb er denn später, nichts eine die Slawen so erfolgreich wie ein tief verwurzelter Haß gegen die Deutschen²⁷⁾.

Die Wurzeln dieses Deutschenhasses sind tatsächlich, wie Bakunin es sagte, tief in der Geschichte zu suchen. Das hängt einmal damit zusammen, daß aus der Zeit der Bironovščina her Deutsche vielfach als Symbol für Unterdrückung und politischen Terror galten, mehr aber wohl noch damit, daß die russisch-orthodoxe Kirche vom Mittelalter bis zur Neuzeit stets ein erbitterter Gegner aller Reformen in Rußland war. Jeder Zar, der „ein Fenster nach Europa öffnete“, mußte sich gegenüber der Kirche durchsetzen, und durch jedes nach Europa geöffnete Fenster kamen vor allem deutsche Einflüsse nach Rußland herein. So wurde deutscher Einfluß in den Augen vieler Orthodoxer und auch beim einfachen gläubigen Volk etwas Verwerfliches, etwas Böses oder sogar das Böse schlechthin. Für viele dieser einfachen, ungebildeten, religiös empfindenden Menschen hatte das Bild vom Deutschen schon

keine menschlichen Züge mehr. So schrieb z. B. um 1700 Ivan Posoşkov, alles sei bei den Deutschen ohne Sünde: „Wie die Schweine rechnen sie nichts als Sünde an. Wie das unvernünftige Vieh oder wie die Mordwinen essen sie an allen Tagen Fleisch.“²⁸⁾ Und Fonvizin berichtete über ein Gespräch mit einem frommen Russen, der ihm sagte: „Die Russen hat Gott, die Deutschen aber der Teufel geschaffen.“²⁹⁾ Mordwinen wie Deutsche waren dem orthodoxen Gläubigen so recht zuwider, sie waren ihm „Fremdvölker“ — nicht weil sie eine andere Herkunft hatten oder eine andere Sprache, sondern weil sie Christus fremd waren, „weil sie nicht seine Völker sind“³⁰⁾.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand die deutschfeindliche Einstellung in der panslawistischen Bewegung ihren stärksten Ausdruck. Auch hier erscheint es angebracht, auf einige Vertreter dieser Richtung etwas näher einzugehen — auch wenn diese Bewegung heute tot ist und ihre Ideen allenfalls noch unterschwellig weiterleben. Für Fedor Tjućev, der mit dem deutschen Kulturleben eng verbunden war, waren es die Ereignisse des Frühjahrs 1848 in Deutschland, die ihn, einen Gegner der Demokratie und der Revolution, zu einer mehr antideutschen Haltung brachten. Man habe sich lange Zeit Illusionen über Deutschland gemacht, schrieb er, man habe geglaubt, es sei ein Land der Ordnung, weil es stets ruhig war. Aber 60 Jahre einer destruktiven Philosophie hätten hier den christlichen Glauben zerstört und den Geist der Revolution zur Entfaltung gebracht. Damit werde nun auch in Deutschland der Haß gegen Rußland wachsen. Die Deutschen seien jetzt dabei, die schrecklichen französischen Gewalttaten nachzuahmen. Für die Frankfurter Versammlung in der Paulskirche hatte Tjućev nur Haß und Verachtung; der Charakter der Deutschen habe sich mit dem Aufklackern demokratischer Bestrebungen zum Bösen gewandt³¹⁾.

Ivan Kirejevskij dagegen hatte schon lange davor eine ausgesprochene Antipathie gegen Deutschland entwickelt. Er schrieb aus München: „Von Deutschland haben wir schon mehr als genug. Es gibt auf dem ganzen Globus kein schlechteres, seelenloseres, dümmes und ärgerlicheres Volk als die Deutschen.“ Und: „Ich hasse Deutschland ... Die Deutschen allein sagen die Wahrheit, wenn sie ihr Land das Land der Eichen nennen, obwohl es, abgesehen von den Deutschen selbst, in Deutschland

²⁷⁾ Janko Lavrin, Bakunin — the Slav and the Rebel, in: *The Russian Review*, April 1966, S. 136 f. Ferner Laqueur, a. a. O., S. 13; vgl. auch Paul Avrich, *The Legacy of Bakunin*, in: *The Russian Review*, April 1970, S. 140.

²⁸⁾ Zitiert nach Müller, a. a. O., S. 39 f.; ein ähnliches Beispiel: Laqueur, a. a. O., S. 16.

²⁹⁾ Zitiert nach Neumann, a. a. O., S. 240.

³⁰⁾ Maxim Gorki, *Ausgewählte Werke*, Berlin 1947, S. 489.

³¹⁾ Tschizewskij — Groh, a. a. O., S. 229—231.

fast keine Eichen gibt. Dafür aber sind die Deutschen selbst die hölzernsten aller Eichen.“³²⁾ In der Sicht Kirejevskijs (und auch seines Bruders) war das Wort „deutsch“ ein Synonym für „schlecht“, eine Aussage, die für den Standpunkt der Slawophilen überhaupt kennzeichnend war. Die Deutschen seien darauf aus, andere Völker zu unterwerfen und auszubeuten. Sie seien nicht bereit, ihr Land friedlich zu bestellen. Eroberung sei schon immer das Hauptmerkmal der germanischen Gesellschaft gewesen. Und noch zwanzig Jahre später schrieb Kirejevskij, daß keine Nation so stumpfsinnig und so seelenlos sei wie die deutsche. Im Vergleich mit Deutschland seien selbst die Bulgaren noch genial. Trotzdem scheint seine Haltung zu den Deutschen nicht ausschließlich so kraß negativ gewesen zu sein, denn gelegentlich nannte er sie auch unsichtig und zeigte sich vom deutschen Bildungswesen angetan. Ob man aber bei den Slawophilen von einer „Haßliebe“ für das romantische Deutschland sprechen kann, wie Rjazanovskij das tut, erscheint etwas zweifelhaft. Zumindest überwog die ablehnende Haltung³³⁾.

Nikolaj Danilevskij, der wohl bedeutendste der Panslawisten, spricht ausdrücklich vom „russischen Vorurteil der Deutschenliebe“. Neben Legitimus und Philanthropismus bezeichnete er „im besonderen die Deutschfreundlichkeit“ als einen schweren Fehler der Russen. Zwar hält auch er in der gegebenen historischen Situation (Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts) ein zeitweiliges Bündnis zwischen Preußen und Rußland für richtig. Preußen sei bisher unter den russischen Fittichen herangewachsen, und auch die deutsche Einheit könne nur durch Rußland ver-

wirklicht werden. Die politische Notwendigkeit zwingt Rußland, den Vertreter des Slawentums, sich aus eigenem Interesse für das Interesse Preußens einzusetzen, obwohl ja Westslawen und Deutsche im Verlauf ihrer ganzen bisherigen Geschichte stets Feinde gewesen seien — die Slawen als die Unterdrückten, die Deutschen als die Unterdrücker. Sobald jedoch die unmittelbaren Ziele beiderseits erreicht sein würden, werde es zur Trennung des Slawischen vom Deutschen kommen. Wie manche anderen russischen Autoren, die die feindselige und oft hochmütige Art, mit der die Deutschen Rußland und die Russen betrachten, hervorheben, so verurteilt auch er den deutschen Rassehochmut und setzt sich mit den Theorien einiger deutscher Rassenfanatiker auseinander. Ähnlich wie Herzen und Dostojevskij, die im Militarismus einen der wesentlichsten deutschen Charakterzüge sahen, so sieht Danilevskij — nur noch viel ausgeprägter — in der Gewalttätigkeit eines der entscheidenden ethnischen Merkmale des germanisch-romanischen Typs. Diese Gewalttätigkeit erscheint ihm als ein Produkt einer übersteigerten Individualität, die die eigene Denkart und das eigene Interesse so hoch stellt, daß jede andere Denkungsart und jedes andere Interesse als nicht gleichberechtigt empfunden wird und daher zu weichen habe. Eine Unterwerfung des Fremdinteresses wird so nicht mehr als etwas Ungerechtes empfunden, sondern als die natürliche Unterwerfung des Niederen unter das Höhere. Auf diese Weise sei das Christentum unter dem Einfluß des germanisch-romanischen Volkscharakters zum Katholizismus entartet. So werde der alte „Drang nach Osten“ wieder zu einer potentiellen Gefahr für Rußland³⁴⁾.

VI. Von der deutschen Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg

Mit der deutschen Reichsgründung erschien immer weiteren Kreisen in Rußland eine Auseinandersetzung mit Deutschland unvermeidlich zu werden. Die germanischen und die slawischen Anschauungen würden immer unveröhnlicher, sagten die einen und erwarteten eine Auseinandersetzung vor allem zwischen den Rassen und Kulturen. Andere wieder glaubten, daß sich die nationalen Interessen auf die Dauer nicht koordinieren ließen und es

über kurz oder lang zur politischen Gegnerschaft kommen müsse. Wieder andere sahen im Preußentum die Hauptgefahr für die Ideale des Fortschritts und der Toleranz. Selbst Teile des Adels und der Armee und darüber hinaus die Mehrzahl der russischen Liberalen nahmen jetzt verstärkt eine antideutsche Haltung ein. Auch in den Petersburger Regierungskreisen stieg die deutschfeindliche Stimmung.

Die Ursache für diese Veränderung war mehrschichtig. Da war zum einen die Furcht vor einem möglichen deutschen Angriff, vor dem Wiederaufleben des „Dranges nach Osten“, aber auch allgemeinere Bedenken, wie sie schon dargestellt worden sind. Da war zum

³²⁾ Zitiert nach Nikolas V. Riasanovsky, Rußland und der Westen, München 1954, S. 60 f.

³³⁾ Zum Vorstehenden siehe Riasanovsky, a. a. O., S. 87 und 104; Laqueur, a. a. O., S. 51, Tschizewskij — Groh, a. a. O., S. 287.

³⁴⁾ N. I. Danilevskij, Rußland und Europa, Stuttgart — Berlin 1920, S. 102—106, 108 f., 223, 244 f., 257 und 262.

anderen die Sympathie mit den Balkanstaaten. Die russische öffentliche Meinung stand ganz auf deren Seite und gegen Deutschland. Und da war zum dritten ein politisch-wirtschaftlicher Gegensatz, der darauf beruhte, daß Deutschland Industriegüter in zunehmendem Maße exportieren wollte, aber gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse war, während umgekehrt Rußland landwirtschaftliche Produkte exportieren wollte, ohne in größerem Umfang Industriegüter zu importieren. Dieser Gegensatz wurde noch verschärft, als der deutsche Kapitalmarkt zeitweilig für russische Werte gesperrt wurde. Durch den Berliner Kongreß des Jahres 1878 und ein Jahr später durch den Zweibund Deutschlands mit Österreich wurden diese antideutschen Haltungen weiter verstärkt. Und während unter Alexander II. wenigstens noch der Hochadel zum größten Teil deutschfreundlich gewesen war und sich insbesondere die Zarenfamilie Deutschland durch eine Art Autokratensolidarität und die emotionalen Bindungen Alexanders verpflichtet fühlte, so änderte sich auch dies mit dem Machtantritt von Alexander III. Er stand unter dem Einfluß seiner dänischen Frau und des orthodoxen Slawophilen Pobedonoscev, die beide Deutschland haßten. Erst nachdem Nikolaj II. die Thronfolge angetreten hatte, gewann die Zarenfamilie wieder ein gutes Verhältnis zu ihrer deutschen Verwandtschaft, doch fuhr die russische Presse fort, sich antideutsch zu verhalten. Die russische Wirtschaft betrachtete Deutschland immer mehr als Hauptgegner, und sowohl Sozialrevolutionäre als auch konstitutionelle Demokraten traten gegen Deutschland auf und befürworteten eine profranzösische Orientierung. Von 1913 an steigerten sich diese Tendenzen noch einmal, und das Schlagwort von der unvermeidbaren Auseinandersetzung zwischen Slawen und Germanen verbreitete sich immer mehr. Der deutsche „Drang nach Osten“ war jetzt in aller Munde. Als schließlich der Krieg ausbrach, kam es zu einer ausgedehnten Haßhysterie. Es fanden Pogrome gegen die deutschstämmige Bevölkerung statt; auch der Zar stand jetzt gegen Deutschland ³⁵⁾.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Angaben, die die beiden großen Enzyklopädien des damaligen Rußland über das kaiser-

³⁵⁾ Zum Vorstehenden siehe Reinhard Wittram, Bismarck und Rußland, in: Markert (Hrsg.), a. a. O., S. 21—29 und 34 f. Ferner Laqueur, a. a. O., S. 47 und 53—60; Berg-Papendick, a. a. O., S. 211—213; Specovius, a. a. O., S. 182; Werner Conze, Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt, Göttingen 1967, S. 33 f.; sowie Werner Markert, Die deutsch-russischen Beziehungen am Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Markert (Hrsg.), a. a. O., S. 42—48 und 68 (Note 16).

liche Deutschland zwischen Reichsgründung und Beginn des Weltkrieges machten. Die in Zusammenarbeit mit Brockhaus (Leipzig) von Jefron herausgegebene ‚Enciklopedičeskij Slovar‘ sieht als die wichtigsten Merkmale dieser Zeit den gegen Rußland gerichteten Agrar-Protektionismus zugunsten des deutschen Großgrundbesitzes. Er verweist auf die „ungeheure Rüstung“, die Deutschland betreibt, und auf den deutschen Militarismus und Kolonialismus. Der Wechsel von Kaiser und Kanzler habe dabei nur innenpolitische Bedeutung ³⁶⁾.

In der anderen, rein russischen Enzyklopädie, die auch schon vor 1913 erschienen war, findet sich über das bisher schon Gesagte hinaus ein Deutschlandbild gezeichnet, das in seiner politischen Relevanz weit später hätte geschrieben sein können. Mit der Bismarckzeit, heißt es da, hätten das deutsche Volk und seine Regierung eine „titanische Arbeitswut“ in sich entdeckt. Die Deutschen hätten damit begonnen, sich Stützpunkte zu ihrem „Weltenflug“ zu schaffen. Im Interesse der herrschenden Kreise habe Bismarck die deutsche Einheit von oben und nicht von unten her geschaffen. Damit habe er die Volksbewegung in enge Bahnen, in einen nationalen Enthusiasmus gelenkt. Diese Einheit durch Eisen und Blut sei eine schlechte Einheit. Die Bismarck-Epoche nach 1871 sei einerseits durch die erfolgreiche Zerschlagung des katholischen Separatismus und den Kampf gegen die Revolution gekennzeichnet, andererseits dadurch, daß die Interessen der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft zugleich gewahrt geblieben seien. Den Bedürfnissen der Industrie entspreche dabei die koloniale Expansionspolitik, den Wünschen der Landwirtschaft die Erhebung von Schutzzöllen. Darüber hinaus werde die Epoche Wilhelms II. dadurch charakterisiert, daß eine große Rüstungsproduktion in Gang gesetzt worden sei. Man habe eine starke Flotte und eine schlagkräftige Armee mit dem Ziele aufgebaut, das konservative Regime im Innern zu bewahren und zugleich den äußeren Markt zu erweitern. Auch hier werden landwirtschaftlicher Protektionismus und ein fieberhaftes Rennen nach Kolonien als wesentliche Momente dieser Epoche hingestellt ³⁷⁾. Es ist erstaunlich — zumal im vorangehenden Band der Enzyklopädie der deutsche „Drang nach Osten“ dargestellt wird ³⁸⁾ —, daß trotz dieser Sicht der deut-

³⁶⁾ Enciklopedičeskij Slovar‘, Bd. VIIIa, St. Petersburg 1893, S. 510 f.

³⁷⁾ A. Dživelegov, Germanija, in: Enciklopedičeskij Slovar‘, Bd. 14, 7. Auflage, Moskva (vor 1913), S. 56, 59 f., 63 und 67 f.

³⁸⁾ Ebenda, Bd. 13, S. 515.

schen Expansionstendenzen offenbar keinerlei akute Gefahr für Rußland vermutet wurde.

Ein eindrucksvolles Bild, wie ein junger russischer 'Intelligenzler' das Deutschland der Vorkriegszeit erlebt und empfunden hat, ergibt sich aus den Erinnerungen *Fedor Stepuns*. Die Nationalität eines Menschen war für ihn, wie für die fortschrittliche Intelligenz in Rußland, nur eine Sache der Kultur. Doch hatte er schon, ehe er nach Deutschland ging um zu studieren, in Rußland erfahren, daß die Deutschen sich offenbar einer höheren Kultur zugehörig fühlten. Sein Aufenthalt in Deutschland bringt ihn dann zu der Auffassung, daß tatsächlich zwischen beiden Kulturen ein erheblicher Unterschied besteht. Die deutsche Kultur ist für ihn ein Teil der älteren und erfahreneren europäischen Zivilisation. Sie ist eine Berufskultur, die sich auf Arbeit, Wissen und Strebsamkeit gründet, die im Unterschied zur russischen Kultur wenig Seele besitzt, sondern mehr leistungsorientiert ist. Eine schlichte Sachlichkeit und Konventionen beherrschen die zwischenmenschlichen Beziehungen, die in Rußland ganz anders, viel aufrichtiger und herzlicher sind. Auch Stepun hebt hervor, wie sauber und gepflegt Deutschland wirke, auch er berichtet von den pedantisch-genauen und korrekten preußischen Beamten, von deutscher Prahlucht und dem Bedürfnis, eine Uniform zu tragen. Doch sieht er gerade in preußi-

scher Wesensart schon eine Verwandtschaft zur russischen, die man im katholischen Westdeutschland nicht findet³⁹⁾.

Es haben sich bei der bisherigen Betrachtung vor allem drei Hauptgruppen herausgebildet, die eine prinzipiell unterschiedliche Haltung zu Deutschland und den Deutschen hatten. Da sind die Slawophilen, die Panslawisten und die Orthodoxen, deren Einstellung deutschfeindlich und deren Deutschenbild negativ war. Des weiteren gab es die Bildungsbürger, die sogenannten Westler, deren Einstellung zwischen Verachtung und Bewunderung schwankte und vielleicht mit 'Haßliebe' zu umschreiben wäre. Ihr Deutschenbild war differenziert, zeigte positive und negative Eigenschaften, doch überwog im ganzen die negative Seite. Dann gab es den hohen Adel und die Zarenfamilie, deren deutschfreundliche Einstellung durch eine gewisse nachsichtige Verachtung kaum geschmälert wurde und die ein überwiegend positives Deutschenbild hatten.

Es gab aber auch damals schon eine vierte wesentliche Bevölkerungsgruppe in Rußland, deren Deutschenbild im Verlauf des 20. Jahrhunderts im gleichen Maße wie sie selbst an Einfluß gewann: die russischen Sozialdemokraten, deren Einstellung zu Deutschland positiv und von unverhohlener Bewunderung geprägt war.

V. Vom Deutschlandbild der russischen Sozialdemokraten

Die russischen Sozialdemokraten blickten von Anfang an voller Hochachtung und Respekt auf die deutschen Sozialisten. Es war wie eine Art Schüler-Lehrer-Verhältnis: Marx und Engels, Lassalle und Bebel waren die großen deutschen Theoretiker und Organisatoren der sozialistischen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie erschien als die selbstverständliche Führerin der sozialistischen Bewegung in aller Welt. Ihr politischer Kampf, ihr Organisationsvermögen, ihre zahlenmäßige Stärke wurden von den russischen Sozialdemokraten nicht nur bewundert, sondern weithin auch als Vorbild angesehen⁴⁰⁾. Aber nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern das ganze Deutschland erschien vielen von ihnen als fortschrittlich im Vergleich zur autoritären, unsozialen Selbstherrschaft Alexanders III. Plechanov, der in seinen Werken Hegel, Marx, Engels, Feuerbach und Goethe — teilweise im Original — zitiert, erklärte 1893 sogar, daß die deutsche Armee im Falle eines Krieges als Befreier nach Rußland kommen würde, so wie 100 Jahre zuvor die französische Revolutions-

armee als Befreier nach Deutschland gekommen sei. Deutsch galt auch als die Sprache der Revolution, und die meisten russischen Revolutionäre bemühten sich, diese Sprache — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — zu erlernen.

Diese Einstellung zu Deutschland führte mit der Machtübernahme der Provisorischen Regierung sofort zur Beendigung der antideutschen Maßnahmen. Wenn auch der Krieg gegen Deutschland fortgesetzt wurde, so war es doch nun in der Sicht der russischen Sozialisten nicht mehr der antideutsche Krieg der russischen Bourgeoisie, sondern der Krieg des freien, demokratischen Rußland gegen die deutsche Bourgeoisie und das kaiserliche Regime. Mit den Waffen der russischen Armeen hofften sie die Freiheit und die Demokratie nach Deutschland hineinzutragen, um damit

³⁹⁾ Fedor Stepun, *Vergangenes und Unvergängliches*, 1. Teil, München 1949², S. 58, 68, 114, 117, 124 ff. und 157 ff.

⁴⁰⁾ L. Trotzki, Stalin, Köln 1952, S. 179 f.; sowie Laqueur, a. a. O., S. 15 und 60.

ihren deutschen Genossen die Machtübernahme leichter zu machen⁴¹⁾. Doch nicht alle Sozialisten dachten so. Die Gruppe der Internationalisten wendete sich gegen diese Art revolutionären Krieges und trat für die sofortige Beendigung des Krieges gegen Deutschland ein. Die stärkste politische Kraft unter den Internationalisten waren die Bolschewiken. Nicht zuletzt durch ihre Forderung nach sofortigem Friedensschluß mit Deutschland gelang es ihnen, einen großen Teil der Massen auf ihre Seite zu ziehen und die Macht zu übernehmen. Zwar war die Mehrzahl unter ihnen zunächst auch nicht für einen Friedensschluß auf der Basis der deutschen Bedingungen. Sie hofften auf einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen und glaubten wohl auch, daß Deutschland aufgrund der militärischen Lage zu einem solchen Friedensschluß bereit sein würde. Es zeigte sich jedoch bei den Verhandlungen sehr bald, daß die deutsche Seite keinen Kompromiß, sondern einen Diktatfrieden anstrebte.

Die Alternative für die neue Regierung lautete: Entweder Annahme der deutschen Bedingungen oder Fortführung des Krieges und deutscher Vormarsch auf Petrograd. In dieser Situation gelang es dem überragenden Führer der Bolschewiken, Vladimir Lenin, gegen den anfänglichen Widerstand seiner Genossen durchzusetzen, daß die deutschen Bedingungen akzeptiert wurden⁴²⁾. Er gab Raum auf, um Zeit zu gewinnen. In der Retrospektive erscheint Lenins Politik in dieser Frage, darüber hinaus aber auch seine spätere Zusammenarbeit mit führenden Kräften der deutschen Republik, als bedeutende realpolitische Leistung. Das soll hier nicht bestritten werden. Es soll nur darauf verwiesen werden, daß er es leichter hatte, eine solche ‚prodeutsche‘ Politik zu betreiben, da er keine ne-

gativen Vorurteile gegenüber den Deutschen überwinden mußte. Seine Einstellung zu ihnen war von Bewunderung und Sympathie bestimmt. Schon im Kriege war er gegen den Deutschenhaß in Rußland aufgetreten: „Die Losung des bürgerlichen Nationalismus war: Haß dem Deutschen, schlägt die Deutschen! Wir sagen: Haß den imperialistischen Räubern, Haß dem Kapitalismus! Und zugleich: Lerne vom Deutschen! Bleib dem Bündnis mit den deutschen Arbeitern treu!“⁴³⁾ Dieses „Lernt von den Deutschen“ scheint überhaupt der verbale Inbegriff dessen zu sein, wie Lenin Deutschland gesehen hat. Er spricht vom „Kulturvolk Deutschland“ und von dem, was das deutsche Proletariat für die Menschheit getan habe⁴⁴⁾.

Er ist anfangs auch ein Bewunderer der deutschen Sozialdemokratie gewesen. Von ihr hatte er lernen und ihre Organisationstechniken auf die russischen Sozialdemokraten übertragen wollen. Es muß eine bittere Enttäuschung für ihn gewesen sein, daß sich die SPD, ihre Führung und ihre Presse, nach der Spaltung der RSDAP in Bolschewiken und Menschewiken auf die Seite der letzteren stellte, während er doch sich und die Bolschewiken als die eigentlichen Verfechter der deutschen sozialdemokratischen Ideen verstand. Von nun an wandte er sich zunehmend von der SPD-Führung ab und nannte sie „Philister“, „Pseudosozialdemokraten“ und „Lakaien der imperialistischen Bourgeoisie“⁴⁵⁾. Deutschland als ganzes jedoch, das deutsche Proletariat genauso wie der gut funktionierende bürokratische Apparat dieses Staates, blieben ihm weiterhin das Vorbild, von dem es zu lernen gelte. Und so hat er auch in seinen Schriften immer und immer wieder darauf hingewiesen: „Deutschland ist das am weitesten entwickelte, fortschrittlichste Land Europas.“⁴⁶⁾

VI. Veränderungen als Folge der beiden Revolutionen von 1917

Im Verlaufe der beiden russischen Revolutionen und im nachfolgenden Bürgerkrieg waren zwei der weiter oben unter dem Aspekt ihrer Einstellung zu Deutschland beschriebenen Gruppen ihres Einflusses vollständig be-

raubt worden. Es gab keine Zaren-Familie mehr, und der Hochadel war zur Emigration gezwungen worden. Aber auch der Einfluß der slawophil-orthodoxen Gruppen war auf

⁴¹⁾ Ein Beispiel für diese Denkweise gibt die Erinnerung von Victor B. Shklovsky, *At the Front — Summer 1917*, in: *The Russian Review*, July 1967, S. 223. Vgl. auch Sergej Pushkarev, 1917 — A Memoir, in: *The Russian Review*, Jan. 1967, S. 56.

⁴²⁾ Die Auseinandersetzungen zu diesem Punkt sind dargestellt in: *Istorija Vnesnej Politiki SSSR*, 1. Teil 1917—1945, Moskva 1966, S. 51—65. S. ferner Winfried Baumgart und Konrad Repgen, *Brest-Litovsk*, Göttingen 1969, S. 102—132.

⁴³⁾ V. I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij*, Moskva 1960—1966⁵, Bd. 36, S. 82.

⁴⁴⁾ Ebenda, Bd. 31, S. 93, Bd. 36, S. 436 f., Bd. 37, S. 66.

⁴⁵⁾ Lenin, a. a. O., Bd. 16, S. 81; Bd. 48, S. 96; Bd. 30, S. 286—295, 300 f., 359—361. S. ferner Dietrich Geyer, *Lenin und der deutsche Sozialismus*, in: *Markert* (Hrsg.), a. a. O., S. 87.

⁴⁶⁾ Lenin, a. a. O., Bd. 37, S. 490 und 496; Bd. 38, S. 23, 42 und 104; Bd. 44, S. 322; Bd. 45, S. 108 und 403.

ein Minimum zurückgegangen. Angesichts des gewaltigen sozialen Aufbruchs, angesichts der Fortschrittsorientiertheit der neuen Regierung erschienen derartige konservativ-mythische Vorstellungen weiten Kreisen der Bevölkerung als antiquiert. Umgekehrt erschienen den Vertretern dieser konservativen Denkweisen die bolschewistische Fortschrittsorientiertheit als das Böse schlechthin. Der Marxismus war in ihren Augen eine der „bürgerlichen Ideologien“ des „verlogenen Europa, das uns durch seine Theorien vergiftet und im plombierten deutschen Waggon auch noch die Verderber unserer (!) Revolution, die Bolschewiken, geschickt hatte“, wie Stepun es ausdrückte⁴⁷⁾, der selbst in einer religiösen Ideenwelt lebte. Soweit die russisch-orthodoxe Kirche Träger dieser Ideen war, wurde ihr Einfluß durch administrative Maßnahmen des neuen Staates unterdrückt. Aber Unterdrückung des Einflusses bedeutete nicht, daß die Vorstellungswelt der Orthodoxen sich gewandelt hätte. Das sollte sich später als ein Vorteil für den bolschewistischen Staat erweisen, als dieser — von Deutschland angegriffen — um seine Fortexistenz kämpfte. In den Predigten der russischen Priester hatten die deutschen Feinde kaum noch menschliches Antlitz: Sie erschienen den Gläubigen als Bestien und als Ausgeburten der Hölle⁴⁸⁾. Wenn es heute gelegentlich in der Sowjetunion noch einen Anklang von Deutscheindlichkeit gibt, dann in diesen kirchlichen Kreisen.

Durch die Ereignisse der Revolution und den Bürgerkrieg war aber auch ein Teil der russischen Bildungsschicht und ein Teil der revolutionären Linken zur Emigration gezwungen worden. Für viele von ihnen wurde die Einstellung zu Deutschland bestimmend für die Wahl ihres Exils. Manche Sozialisten waren nach Frankreich gegangen, um im Dienste der Fremdenlegion noch am Sturz der deutschen Monarchie und an der Befreiung der deutschen Arbeiterklasse teilzunehmen. Viele andere Intellektuelle und ‚Linke‘ zogen Deutschland vor, um sich hier eine neue Existenz aufzubauen. Die auf „Arbeit, Wissen, Strebsamkeit“ aufgebaute deutsche Berufskultur bot ihnen die Möglichkeit dazu.

Für viele Konservative aber war Deutschland das Land des Feindes, das seine Agenten, die Lenin-Helphand-Gruppe, in Rußland an die Macht gebracht hatte. Sie zogen es vor, in andere Länder (Frankreich, USA, England) zu emigrieren. Ihr Deutschenbild blieb weiter negativ. Recht zutreffend wird das durch die

Worte Vladimir Nabokovs ausgedrückt: „Deutschland erschien uns immer als ein Land, in dem die Gemeinheit (pošlost'), statt verspottet zu werden, einer der wesentlichsten Teile des Nationalcharakters, der Gewohnheiten, der Tradition und der allgemeinen Atmosphäre war.“ Für diese Konservativen mußte die von vielen anderen Russen so empfundene Größe der deutschen Philosophie und Literatur einfach eine Legende sein. Victor Frank schreibt sogar, daß die Sicht Nabokovs der wirkliche Eindruck der Mehrheit der Russen sei. Auch wenn sie vielleicht einzelne Deutsche und deren hervorragende Leistungen bewunderten, wäre doch im Hintergrund immer der Verdacht, daß die Deutschen letztlich einer essentiell unfreien Nation angehörten⁴⁹⁾.

Andererseits war es jedoch nicht so, daß nun im neuen Rußland, in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, ein uneingeschränkt positives Deutschlandbild übriggeblieben wäre. Hier besteht ganz offensichtlich ein Zusammenhang mit der Enttäuschung über die deutsche Sozialdemokratie, die nicht nur von Lenin allein so stark empfunden wurde. So bezeichnete etwa Konstantin Fedin die deutsche Revolution des Jahres 1918 nur als eine Parodie der russischen Revolution. Während des Krieges, schreibt er über die deutschen Arbeiter, hätten diese zwar gegen den Krieg demonstriert, sich dann aber wieder von der Polizei in die Fabriken schicken lassen, um dort für eben den Krieg zu arbeiten, gegen den sie zuvor demonstriert hatten. Deutschland sei das Land des Mittelmaßes, der Behördenfrömmigkeit, des Militarismus und des Polizeiregimes. Und in der Sicht Zoščenkos waren auch manche der positiv zu bewertenden deutschen Eigenschaften den Deutschen nur mit Gewalt anezogen worden⁵⁰⁾. Jelisaweta Drabkina, die Sekretärin Sverdlovs, bringt ihre Empörung zum Ausdruck, daß die deutsche sozialdemokratische Partei die Revolution niedergeschlagen hat. Bei einem weiteren Deutschlandbesuch im Jahre 1925 fällt ihr neben einem „Gewimmel von Adligen, Schiebern und Kriegsgewinnlern“ vor allem auf, daß die deutsche Republik ihre Straßen und Plätze noch immer nach Kaisern, Königen und Fürsten benennt⁵¹⁾.

Diese Empörung, Verachtung und Enttäuschung über die deutsche Sozialdemokratie empfand auch Josef Stalin, der ansonsten, ge-

⁴⁹⁾ Zum Vorstehenden siehe Frank, a. a. O., S. 72 f., Zitat S. 72.

⁵⁰⁾ Über Fedin und Zoščenko siehe Müller, a. a. O., S. 46 f. und 49.

⁵¹⁾ Jelisaweta Drabkina, Viermal in Deutschland, in: Neue Zeit, Nr. 13/1966, S. 29.

⁴⁷⁾ Stepun, a. a. O., 3. Teil, S. 91.

⁴⁸⁾ Zum Vorstehenden vgl. auch Alexander Werth, Russia at War, 1941—1945, London 1965, S. 397.

nau wie Lenin und die meisten anderen Bolschewiken, ein uneingeschränkter Bewunderer Deutschlands war. Sein Bild von Deutschland, seine Einstellung zur Weimarer Republik, zum Hitlerreich und zum Nachkriegsdeutschland, seine Vorstellungen von deutschen Kapitalisten, Faschisten, Proletariern, Sozialdemokraten und vom Nationalcharakter überhaupt, haben das Deutschlandbild der sowjetischen Führungsschicht in der Folgezeit entscheidend geprägt. Viele Andersdenkende hat er allmäh-

lich ausgeschaltet, und oft war dabei ein entscheidendes Kriterium für das „Andersdenken“ die jeweilige Einstellung zu Deutschland. Zugleich mit oder unmittelbar im Anschluß an diese „Säuberungen“ begann dann der Aufstieg derjenigen politischen Kräfte, die bis heute die führenden Positionen in der Sowjetunion innehaben. Ihr Weltbild, insbesondere ihr Deutschlandbild, war dem Stalins sehr ähnlich und mit eine Voraussetzung für ihren politischen Aufstieg.

VII. Vom Deutschlandbild Josef Stalins

Schon in jungen Jahren war der Marxismus für Josef Džugašwili, der sich später Stalin nannte, die Maxime seiner politischen Aktion. Was er von und über Deutschland erfuhr, dürfte er mangels direkter Kontakte von anderen Revolutionären erfahren haben. Die gesamte georgische Befreiungsbewegung war aber sehr stark von der russischen Linken beeinflusst, so daß deren Gedankengut auch Teil seines Weltbildes wurde⁵²⁾. Er bemühte sich, wie die meisten anderen Revolutionäre, die deutsche Sprache zu lernen und beherrschte sie schließlich soweit, daß er deutsche Texte mit Hilfe eines Lexikons lesen konnte⁵³⁾. Deutschland — das war für ihn Europa mit mehr oder weniger politischer Freiheit, ein Land, in dem es keine nationale Unterdrückung wie in Georgien und keine Pogrome gegen Minderheiten gab, ein Land, das demokratischer und damit freier als das halbasiatische Rußland war, jedoch zugleich weniger demokratisch als Frankreich und die Schweiz⁵⁴⁾. Erst gegen Ende seines dritten Lebensjahrzehnts kam er selbst zum erstenmal nach Deutschland, und es scheint, daß dieser Aufenthalt seine Vorstellungen von der Mentalität der Deutschen und darüber hinaus von der revolutionären deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Sozialdemokratie entscheidend geformt hat. Besonders ein Erlebnis war es, das er später gern berichtete und aus dem er konkrete Schlußfolgerungen über das deutsche Wesen ableitete, vornehmlich über den „unvernünftigen Sinn von Disziplin“, über die „Mentalität von Autorität und Gehorsam, die nicht zu ändern sei“: Eine Gruppe von ungefähr 200 sozialdemokratischen Arbeitern wäre

mit erheblicher Verspätung zu einem Kongreß erschienen, weil sie auf einem Bahnsteig warten mußte, bis sich ein Kontrolleur fand, der sich um ihre Fahrkarten kümmerte. Konnten solche Arbeiter eine Revolution machen? „In Deutschland kann man keine Revolution machen, weil man dazu den Rasen betreten müßte“, spottete er. Und so hat er die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland stets verneint⁵⁵⁾.

Zwar hatte auch er ursprünglich Hoffnungen in die deutsche Sozialdemokratie gesetzt, die „mit einer Handbewegung eine Demonstration von Hunderttausenden“ aufmarschieren lassen konnte, und er bewunderte ihren großen Führer August Bebel⁵⁶⁾. Aber genau wie bei Lenin und sicher auch unter dem Einfluß Lenins wandelte sich später diese Bewunderung zunächst in Verachtung und später in Feindschaft. Die SPD der Weimarer Republik war für ihn nicht nur keine revolutionäre Organisation mehr, sondern ein Instrument der Bourgeoisie zur Verhinderung revolutionärer Umgestaltungen und zur Vorbereitung neuer Kriege. So wie für ihn der Nationalsozialismus das Terrorinstrument der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Macht in einer unstablen Situation war, so war ihm die SPD-Führung das Hauptinstrument der Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiterklasse. Faschisten und Sozialdemokraten erschienen so ganz logisch als „Zwillingsbrüder“: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte

⁵²⁾ Vgl. Swetlana Allilujewa, 20 Briefe an einen Freund, Frankfurt 1969, S. 56.

⁵³⁾ Swetlana Allilujewa, Das Erste Jahr, Wien — München — Zürich 1969, S. 334 f. Vgl. auch Trotzki, a. a. O., S. 179 f.

⁵⁴⁾ I. V. Stalin, Marksizm i nacional'nyj vopros, in: Sočinenija Bd. 2, Moskva 1954, S. 338.

⁵⁵⁾ Zum Vorstehenden siehe Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 105; Winston Churchill, The Second World War, Bd. VI, London 1952, S. 344 und 551; Robert Sherwood, Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 639; Isaac Deutscher, Stalin, Stuttgart 1962, S. 209; Lionel Kochan, Rußland und die Weimarer Republik, Düsseldorf 1955, S. 75.

⁵⁶⁾ I. V. Stalin, Avgust Bebel', vožd' nemeckich rabočich, in: Sočinenija Bd. 2, Moskva 1954, S. 201 bis 208, Zitat S. 207.

Flügel des Faschismus.“⁵⁷⁾ Da sich darüber hinaus die SPD-Führung als konsequentester Gegner seiner Außenpolitik erwies, nimmt es nicht wunder, daß sie in seinen Augen zum „Hauptfeind“ in Deutschland überhaupt wurde. Sie, die „Sozialfaschisten“, waren ihm ein größeres Übel, eine größere Gefahr noch als die „Nationalfaschisten“. Solange die SPD ihre Position behauptete, sei die Stellung der Bourgeoisie in Deutschland unerschüttert und die sowjetische Außenpolitik gefährdet⁵⁸⁾.

Während Stalin so einerseits die Enttäuschung aller Bolschewiken über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie teilte, so hatte er doch andererseits von den Deutschen insgesamt eine recht hohe Meinung gehabt: „Sie sind eine hochentwickelte Industrienation mit einer äußerst qualifizierten und zahlreichen Arbeiterklasse und einer technischen Intelligenz. Gebt Ihnen zwölf oder fünfzehn Jahre Zeit, und sie werden wieder auf den Beinen stehen“, äußerte er um die Jahreswende 1944/45⁵⁹⁾. Wenn Stalin überhaupt einzelnen Völkern gegenüber so etwas wie emotionale Empfindungen gehabt hat, dann war es eine Sympathie für Deutschland. Zu keiner Zeit vor dem Kriege hat er sich über das deutsche Volk negativ geäußert. Seine äußerst scharfen Angriffe auf das Frankreich der späten zwanziger Jahre finden keine Entsprechung in seinen Reden über das nationalsozialistische Deutschland, das sicherlich wesentlich militaristischer war. Und hinsichtlich Amerika sagte er in einem Interview 1931 eindeutig: „Wir dürfen natürlich nicht vergessen, unsere Sympathien für die Deutschen zu erwähnen. Unsere Sympathien für die Amerikaner können damit nicht verglichen werden.“⁶⁰⁾

Auch ihre militärischen Fähigkeiten schätzte er sehr hoch ein. Dafür spricht, daß die militärisch-technische Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr sich beinahe im

gleichen Maße vertiefte, wie Stalin in der Sowjetunion an Einfluß gewann. Und Stalin war sich wohl bewußt, daß viele Menschen in der UdSSR eine ähnliche Meinung vom deutschen Militär hatten. So war es zu Beginn des Krieges eine seiner ersten Maßnahmen, die auf die Stärkung der Moral der Roten Armee abzielten, so viele sowjetische Einheiten wie möglich die erste ‚Feuertaufe‘ erleben zu lassen: „Die Truppen müssen lernen, daß die Deutschen keine Übermenschen sind und getötet werden können.“⁶¹⁾ Hinsichtlich der Teilnahme nichtdeutscher Verbände am Angriff auf die Sowjetunion meinte er, daß nur die deutschen Divisionen zählten⁶²⁾. Nachdem sich die Kriegswende bereits abgezeichnet hatte, bereiteten ihm die organisatorisch-militärischen Fertigkeiten der Deutschen erneut im Hinblick auf die Nachkriegsentwicklung Sorgen. Die Fristen, die Deutschland gebraucht habe, um einen neuen Krieg zu beginnen, seien seit 1870 immer kürzer geworden, auch unter den Bedingungen unzureichender Mittel für die militärische Ausbildung⁶³⁾.

Die Kraft des deutschen Nationalismus war von Stalin im allgemeinen korrekter eingeschätzt worden als von der Mehrzahl seiner Genossen. Doch lehrten ihn die ersten Phasen des Krieges, daß auch er diesen Faktor offensichtlich unterschätzt hatte. Noch 1943 berichtete er beeindruckt, daß es bei den deutschen Soldaten keinen Unterschied mache, welcher Klasse sie angehörten oder aus welchem Teil Deutschlands sie kämen; nur die Österreicher gäben sich bei der Gefangennahme ausdrücklich als solche zu erkennen⁶⁴⁾. Dieser Eindruck von der Kraft des deutschen Nationalismus bestimmte auch seine Bedenken gegenüber Roosevelts Formel von der ‚bedingungslosen Kapitulation‘. Diese Formel werde das deutsche Volk nur noch enger zusammenschließen, meinte er. Aus dem gleichen Grunde erschienen ihm die Pläne zur Teilung Deutschlands als die zweitbeste Lösung. „Es gibt keinerlei Maßnahmen, die die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands ausschließen könnten“, sagte er dazu⁶⁵⁾. Seiner Konzeption entsprechend konnte eine Teilung des bürgerlichen Nationalstaates Deutschland nur eine Stärkung des bürgerlichen Nationalismus

⁵⁷⁾ Josef Stalin, Sočinenija, Bd. 6, Moskva 1947, S. 282. S. ferner Josef Stalin, Probleme des Leninismus, 2. Folge, Zürich 1934, S. 7; Josef Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 522.

⁵⁸⁾ Stalin, Probleme . . . , a. a. O., S. 292 f. Vgl. auch Francis B. Randall, Stalin's Russia, New York 1965, S. 263 f.; Walter Laqueur, Russia and Germany, Boston — Toronto 1956, S. 208, 212, 216 f., 220 und 231; Boris Nicolaevsky, Power and the Soviet Elite, New York 1966², S. 83 f.; Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der kommunistischen Internationale 1929—1934, Berlin 1970, S. 21 f. und 32.

⁵⁹⁾ Djilas, a. a. O., S. 147. S. ferner Valentin Bereshkow, Das Treffen in Teheran, in: Neue Zeit, Nr. 49/1967, S. 29; Churchill, a. a. O., S. 317 ff.; Sherwood, a. a. O., S. 643.

⁶⁰⁾ Zitiert nach John Erickson, The Soviet High Command, London 1962, S. 339.

⁶¹⁾ Zitat nach Sherwood, a. a. O., S. 261.

⁶²⁾ Ebenda, S. 266.

⁶³⁾ Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 317 ff., sowie Bereshkow, a. a. O., S. 29.

⁶⁴⁾ Teheran — Jalta — Potsdam, Sbornik Dokumentov, Moskva 1967, S. 51. S. auch Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 355.

⁶⁵⁾ Teheran — Jalta — . . . , a. a. O., S. 52; Sherwood, a. a. O., S. 639 f. und 651; Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 356.

zur Folge haben⁶⁶⁾. Er befürwortete daher ein Nachkriegsdeutschland bis zur Oder, in dem sozialistische Reformen die Macht der Großindustrie und der Junker beseitigt hätten.

In der internationalen Politik spielen nationale Vorurteile oder Präferenzen bestimmter Führungsgruppen oder gar einzelner Führer keine ausschlaggebende Rolle. Wenn sich Koalitionen bilden, dann deshalb, weil es Interessengemeinsamkeiten gibt. Solche fundamentalen Gemeinsamkeiten gab es auch nach dem Ersten Weltkrieg zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß Stalin im Rahmen der gegebenen Interessen und später sogar über diesen Rahmen hinaus, stets das Bündnis mit Deutschland gesucht hat. Selbst in den Jahren 1935 bis 1938, als die Sowjetunion — durch die deutsche Haltung beunruhigt — ihre „Politik der kollektiven Sicherheit“ betrieb, hatte für ihn die Annäherung an Deutschland jederzeit absolute Präferenz. Diejenigen sowjetischen Führer, die für eine antideutsche außenpolitische Linie eintraten, ließ er aus ihren Positionen entfernen und teilweise hinrichten. Er war immer der „Eckpfeiler der deutsch-sowjetischen Verständigung“, der sich schließlich nach dem Abschluß des Freundschaftsvertrages vom September 1939 am vorläufigen Ziel seiner Wünsche sah⁶⁷⁾. Selbst nach dem Kriege hing er diesem außenpolitischen Traum noch nach, wenn er immer wieder äußerte: „Zusammen mit den Deutschen wären wir unbesiegbar gewesen!“⁶⁸⁾. Gerade diese seine Aussage nach dem Siege über Deutschland erlaubt einen tiefen Einblick in seine Gedankenwelt vor dem Kriege.

Es ist oft mit Erstaunen vermerkt worden, daß Stalin trotz aller Meldungen über einen bevorstehenden Angriff keine Vorbereitungen gegen diesen getroffen hatte. Dieses Negieren und Falscheinordnen eingehender Informationen ist wohl letztlich nur als Folge einer vom Wunsdenken fixierten Einstellung erklärlich, die der eigenen Situationstheorie zuwiderlaufende Informationen einfach abschirmt. Der deutsche Angriff war für Stalin ein Schock. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses hat Stalin dann seine Vorstellung von den Deutschen teilweise geändert. Während er sie früher für verlässlich und vertrauens-

würdig gehalten hatte, wandelte sich jetzt dieses Element seines Deutschlandbildes ins Gegenteil. Im Juli 1941 etwa äußerte er sich gegenüber Hopkins, zwischen den Nationen müsse es ein Minimum an moralischen Maßstäben geben. Die gegenwärtigen (!) Führer Deutschlands würden diese nicht kennen und seien daher eine asoziale Macht. Und auch in Teheran wiederholte er, wie wenig er den Deutschen noch traue. Man müsse sehr vorsichtig mit ihnen sein. Nachkriegsdeutschland könnte seine Friedensindustrie heimlich für Kriegszwecke verwenden. Die Deutschen hätten in solchen Täuschungsmanövern große Geschicklichkeit bewiesen. Verbote könnten sie leicht umgehen⁶⁹⁾. Noch ganz unter dem Eindruck der von den deutschen Streitkräften hinterlassenen Zerstörungen erklärte er dann in Jalta, die Deutschen schienen die schöpferische Arbeit des Menschen zu hassen — und zwar mit einem sadistischen Haß⁷⁰⁾.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß es zu diesem Zeitpunkt möglicherweise Stalins Anliegen war, Roosevelt gegenüber Deutschland einzunehmen, so darf das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies damals eine weitverbreitete Vorstellung in der ganzen Sowjetunion war. Es ist jedoch bemerkenswert, daß die sowjetische Führung auch während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit fortfuhr, zwischen der deutschen Führung, der „faschistischen Clique“, und dem deutschen Volk zu differenzieren. Der Kausalnexus, der die faschistische Führungselite und die Deutschen zu einer aggressiven Einheit verbunden hatte, wurde ungefähr so gesehen, wie es Rudenko in seiner einleitenden Rede zum Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß ausdrückte: „Der Dunst des Chauvinismus und des Menschenhasses vergiftete systematisch das Bewußtsein der Deutschen als Folge der

Robert S. Tucker, *Autocrats and Oligarchs*, in: I. Lederer (Hrsg.), *Russian Foreign Policy*, New Haven — London, 1964², S. 187; Adam B. Ulam, *Expansion and Coexistence*, London 1968, S. 219 und 541; Karlheinz Niehaus, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen der Jahre 1929 bis 1935*, Bonn 1966, S. 84, 132, 175, 186—189 und 193 f.; Max Beloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia*, Oxford University Press, Bd. I, S. 98—100; Stalin, *Probleme . . .*, a. a. O., S. 288 ff.; E. H. Carr, *German-Soviet Relations between the Two World Wars, 1919—1939*, Oxford University Press 1952, S. 101; Erickson, a. a. O., S. 339; *Documents on German Foreign Policy*, Serie C, Bd. IV, Dok. 211.

⁶⁶⁾ Allilujewa, *Das Erste Jahr*, a. a. O., S. 346.

⁶⁷⁾ Sherwood, a. a. O., S. 644; Bereshkow, a. a. O., S. 29.

⁷⁰⁾ Die Jalta-Dokumente. Vollständige deutsche Ausgabe der offiziellen Dokumente des U.S. State Departments über die Konferenz von Jalta, Göttingen 1957, S. 55.

⁶⁶⁾ Josef Stalin, *Marxismus und nationale Frage*, Berlin 1946³, S. 21 f.

⁶⁷⁾ Zu diesem Abschnitt siehe: Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bern — München, Bd. III (o. J.), S. 434; Nicolaevsky, a. a. O., S. 60 f., 83 f., 89, 102, 195; Weingartner, a. a. O., S. 33 ff. und 38; Josef Stalin, *Werke*, Bd. XIII, Düsseldorf 1955, S. 520—529; Georg A. Morgan, *Soviet Conduct in World Affairs*, New York 1960, S. 181;

faschistischen Propaganda und des gesamten Systems der Maßnahmen, die von dem Hitlerstaat gepflegt wurden.“⁷¹⁾

Entgegen seiner noch 1944 geäußerten Auffassung, daß der Kommunismus für die Deutschen wie der Sattel für die Kuh passe⁷²⁾, war Stalin unter dem Eindruck des Verhaltens der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone allmählich zu der Meinung gelangt, daß auf lange Sicht gesehen Deutschland doch kommunistisch werden könne⁷³⁾. Dazu war gar kein besonderer revolutionärer Elan der deutschen Arbeiter vonnöten, man konnte vielmehr die-

jenigen Eigenarten der Deutschen für das sowjetische Interesse ausnutzen, die ihm als so typisch erschienen: Gehorsam, Disziplin, bedingungslose Befehlsausführung, verbunden mit Fleiß, Begabung und technischem Können. Nachdem sich für Stalin spätestens im November 1947 abzeichnete, daß Deutschland nunmehr geteilt bleiben würde, versuchte er das, was er immer angestrebt hatte, wenigstens partiell zu verwirklichen: Die enge Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Insofern konnte er mit Recht in der Gründung der DDR einen „Wendepunkt in der Geschichte Europas“ sehen.

IX. Vom sowjetischen Deutschlandbild der Gegenwart

Im Vorangegangenen wurde versucht, diejenigen Elemente zu beschreiben, die das russische und später das stalinistische Deutschlandbild konstituiert haben. Es soll im folgenden darauf eingegangen werden, wie die Struktur des Deutschlandbildes der sowjetischen Führer von heute aussieht, d. h., wie sind diese Bildelemente einander zugeordnet und welche von ihnen haben sich verstärkt oder abgeschwächt oder sind überhaupt mit der Zeit verschwunden? Oder sind vielleicht noch neue Elemente hinzugetreten? Die Struktur dieses Bildes wird von drei Faktoren bestimmt: den innenpolitischen Veränderungen, die in der UdSSR seit 1917 vor sich gegangen sind, der kommunistischen Weltanschauung und dem Trauma des letzten Krieges.

Die innenpolitischen Veränderungen dieses Jahrhunderts haben in der heutigen Sowjetunion eine Führungsschicht entstehen lassen, die durch den Stalinschen Ausleseprozeß homogenisiert wurde. Man könnte diese Veränderungen in bezug auf Deutschland etwa wie folgt konzisieren: Wenn man aus der Menge der historisch gewachsenen Einstellungen zu Deutschland diejenige Teilmenge herausgreift, die sich ausschließlich auf den deutschen Nationalcharakter bezieht, so kommt man zu dem Schluß, daß mit der Februarrevolution des Jahres 1917 gesellschaftliche Kräfte die Macht in Rußland übernahmen, die eine überwiegend positive Einstellung zu Deutschland hatten, während zugleich der Einfluß der Kräfte mit negativer Einstellung zurückgedrängt wurde. Unter den russischen Sozialisten aber waren es die Bolschewiken,

die am weitestgehenden prodeutsch eingestellt waren, vor allem die engere Gruppe um Lenin. Unter Stalin wurden schließlich die prodeutschen Einstellungen weiter begünstigt und antideutsche Einstellungen noch mehr zurückgedrängt. Deutschfeindliche Einstellungen oder gar Haß gegen Deutsche sind in der Sowjetunion von heute praktisch nicht mehr vorhanden.

Hier nun könnte man einen Widerspruch zwischen sowjetischer Einstellung und sowjetischem Verhalten sehen. In der Bundesrepublik ist die Vorstellung weitverbreitet, daß die Agitation der UdSSR zumindest bis vor zwei Jahren permanent in haßerfüllter Weise entstellend und verzerrend über die Bundesrepublik berichtete und sie in aller Welt zu verfeuern versuchte. Die Lösung dieses nur scheinbaren Widerspruchs findet sich in der kommunistischen Weltanschauung, die die Welt in Klassen aufgeteilt sieht, deren Interessen prinzipiell unvereinbar sind. Diese dichotome Sicht liefert die Struktur für die Bilder, die sich sowjetische Führer von anderen Staaten machen. Sie ist *das* Kriterium zur Einteilung der Staatenwelt in verschiedene Objektklassen. Diejenige Gruppe von entwickelten Industrieländern, in denen die Produktionsmittel und der Boden überwiegend privat genutzt werden, werden zur Objektklasse ‚Kapitalistische Welt‘ oder ‚Imperialistische Staaten‘ zusammengefaßt. So ist auch das Bild, das die sowjetische Führung von der Bundesrepublik hat, kein isoliertes Nationenbild, sondern ein Teil dieser Objektklasse und unterscheidet sich damit grundlegend von der DDR. Die dichotome Sicht der Kommunisten gilt aber auch für jedes einzelne kapitalistische Land. Sie differenziert grundsätzlich zwischen der Bevölkerung und den ‚herrschenden Kreisen‘. So muß auch, was die sowjetischen Aus-

⁷¹⁾ R. A. Rudenko, Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf, Berlin 1946, S. 12.

⁷²⁾ Djilas, a. a. O., S. 133 und 146; Deutscher, a. a. O., S. 565.

⁷³⁾ Djilas, a. a. O., S. 196.

sagen über die Bundesrepublik angeht, stets genau unterschieden werden zwischen Aussagen über die Deutschen im allgemeinen und zwischen Aussagen über die Monopole, die Regierung und die Verwaltung. Wenn man das beachtet, so ergibt sich, daß die Agitation der Sowjetunion nahezu ausnahmslos gegen die ‚herrschenden Kreise‘ der Bundesrepublik gerichtet war, während über die Bevölkerung meist positiv berichtet wurde.

Diese Erklärung für den oben angeführten Widerspruch ist jedoch nicht hinreichend. Wenn die Bundesrepublik Deutschland nur als Teil einer Objektklasse gesehen wird, wie kommt es dann, daß sich die sowjetische Agitation in weit höherem Maße gegen sie und nicht in gleichem Umfang auch gegen andere kapitalistische Länder richtete? Üblicherweise wird diese Frage so beantwortet, daß man auf die politische Funktion kommunistischer Agitation hinweist. All das sei eben ‚nur Propaganda‘ mit dem Zweck, die Bundesrepublik in der übrigen Welt zu verteufeln und im Innern allmählich aufzuweichen. Sehr oft wird auch die ‚Buhmann-Funktion‘ des westdeutschen Staates für den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion selbst betont. Hinter Erklärungen dieser Art steht unausgesprochen die Hypothese, daß es einen Unterschied gebe zwischen dem, was die sowjetische Agitation schreibt, und dem, was die sowjetische Führung tatsächlich denkt. Die Sozialpsychologie kennt den Unterschied von internalen und externalen Heterostereotypen. Die Frage, die sich hier aufdrängt, ist: Gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen dem internalen und dem externalen BRD-Heterostereotyp der sowjetischen Führung?

Um (neben einigen anderen) diese Frage zu beantworten, wurde eine quantitative Aussagenanalyse zweier sowjetischer Zeitschriften vorgenommen, die für die Fragestellung weitestgehend adäquat erschienen. Es wurden ausgewählt: 1. Die Monatszeitschrift ‚Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija‘ (Weltwirtschaft und internationale Beziehungen), deren Umfang jeweils ca. 150 Seiten beträgt. Sie wird vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der ANSSR herausgegeben. Sie hat weder agitatorischen noch propagandistischen Charakter und trägt dazu bei, außenpolitische Entscheidungshilfen vorzubereiten. Sie erscheint nur in russischer Sprache. Diese Zeitschrift (abgekürzt ‚Memo‘) schien am ehesten für das interne Heterostereotyp repräsentativ zu sein. 2. Die Wochenzeitschrift ‚Neue Zeit‘, deren Umfang jeweils 32 Seiten beträgt. Sie hat propagandi-

stischen, teilweise auch agitatorischen Charakter und erscheint in sieben Sprachen. Diese Zeitschrift (abgekürzt ‚NZ‘) konnte am ehesten als repräsentativ für externe Stereotype angesehen werden. Von beiden Zeitschriften wurden alle Ausgaben der Jahrgänge 1965 bis 1968 vollständig ausgewertet, d. h., es wurden nicht wie üblich Stichproben gemacht, sondern Seite für Seite gelesen.

Die Einheit der Zählung war die Beurteilung, d. h. die jeweils zentrale Idee der logischen Kette. Es wurde nur die Häufigkeit des Vorkommens gezählt, die Intensität der Beurteilungen wurde nicht gewertet. Der Primärinhalt des Textes wurde in 43 Kategorien erschlossen. Für die obige Fragestellung war aber vor allem auch der Sekundärinhalt interessant, d. h. der Beziehungsaspekt der einzelnen Beurteilungen. Es wurde also außerdem gezählt, ob mit der Beurteilung ein positiver oder negativer Wertakzent im Hinblick auf die dichotome Sicht von der Bundesrepublik verbunden war. Das allgemeine Resultat dieser Untersuchung läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Hypothese, es gäbe einen signifikanten Unterschied zwischen internalem und externalen BRD-Bild, war (mit Ausnahme einer Klasse) nicht zu verifizieren. Auch NZ gibt auf die entscheidenden Fragen prinzipiell die gleiche Antwort wie Memo. Nur ist diese Antwort häufig agitatorisch vereinfacht und übersteigert.

Sehr aufschlußreich sind darüber hinaus die Zahlen für den Sekundärinhalt, die in den folgenden Tabellen wiedergegeben sind. Die negativen Zahlen in Klammern bedeuten Zuordnung eines gegenteiligen Wertakzentes. In diesen Tabellen sind keine Wertakzente erfaßt, die sich auf die SPD-Führung bzw. -Mitgliedschaft und die Gewerkschaften beziehen.

1. Positive Wertakzente im Zusammenhang mit Aussagen über die Bevölkerung der Bundesrepublik (im Gegensatz zu den ‚herrschenden Kreisen‘)

	1965	1966	1967	1968
Memo:	34 (-1)	5 (-1)	33 (-8)	13 (-2)
NZ:	21	46	54 (-1)	98 (-4)

2. Negative Wertakzente im Zusammenhang mit Aussagen über die ‚herrschenden Kreise‘ der Bundesrepublik.

	1965	1966	1967	1968
Memo:	141 (-2)	109 (-1)	165 (-1)	156 (-3)
NZ:	102	135 (-1)	307 (-5)	365

Die Tatsache, daß die Zahl der negativen Erwähnungen der ‚herrschenden Kreise‘ stets ein Mehrfaches der Zahl der positiven Erwähnungen der Bevölkerung beträgt, ist wohl dadurch zu erklären, daß sich beide Zeitschriften vornehmlich mit den von den ‚herrschenden Kreisen‘ geschaffenen Strukturen und weniger mit der Bevölkerung befassen. Auffällig ist aber das unterschiedliche Verhältnis zwischen negativen und positiven Zuordnungen in den beiden Zeitschriften (im Mittel 6,7:1 bei Memo, aber nur 4,1:1 bei NZ). Das läßt den Schluß zu, daß die sowjetische Agitation *nicht* bestrebt ist, im Ausland deutschfeindliche Stimmungen zu provozieren. Sie richtet sich im wesentlichen nur gegen die Politik der ‚herrschenden Kreise‘ der Bundesrepublik. Dieses unterschiedliche Verhältnis unterstreicht aber noch einmal, daß es keinen nennenswerten Unterschied zwischen internalem und externalem BRD-Bild in der Sowjetunion gibt. Eher könnte man für die Jahre 1965 bis 1968 die Aussage wagen, daß das Bild vom westdeutschen Staat, das sich die sowjetische Führung machte, noch negativer war als das von der sowjetischen Agitation gekennzeichnete.

Damit ist aber nach wie vor die Frage ungeklärt, warum gerade die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Staaten ein solch negatives Image bei der sowjetischen Führungsschicht hat. Alles was bisher über die innenpolitischen Veränderungen in der UdSSR und über die dichotome Weltanschauung des Kommunismus gesagt wurde, ließe eher eine Vermutung in gegenteiliger Hinsicht zu. Die Antwort auf diese Frage hängt denn auch nur sehr bedingt von den genannten beiden Faktoren ab. Sie ist vor allem im Zusammenhang mit den konkreten persönlichen Erfahrungen zu sehen, die fast alle sowjetischen Menschen, die heute in verantwortlicher Position stehen, im Kriege gemacht haben. Der letzte Krieg ist in der Sowjetunion und für die Sowjetunion in weit höherem Maße lebendige Gegenwart als etwa in der Bundesrepublik, wo der Überfall auf die Sowjetunion im Bewußtsein der Menschen weitgehend verdrängt wurde. Für die sowjetischen Völker und die gegenwärtige Führungsschicht war dieser Krieg die bedeutendste Erfahrung ihres Lebens. Er hat *ein* Element des historischen Deutschenbildes gerade der russischen Sozialisten zerstört: Während die Deutschen früher für zuverlässig und vertrauenswürdig gehalten wurden, wird ihnen heute Mißtrauen entgegengebracht.

Nicht zuletzt dieses Mißtrauen führt wohl auch immer wieder dazu, daß man zwischen deut-

schen Deklarationen und Handlungen unterscheidet. Auch in weiten Kreisen der sowjetischen Bevölkerung, die nicht zur Führungsschicht gehören, besteht dieses Mißtrauen; es hat seine Ursache zum großen Teil darin, daß man die Haltung der Westdeutschen und ihre Mentalität nicht begreifen, nicht in die eigene Vorstellungswelt einordnen kann. Unbegreiflich wie der deutsche Angriff 1941 und die deutsche Besatzungspolitik erscheint ihnen auch heute vieles an der Haltung der Westdeutschen. Man hat den Deutschen heute verziehen, was sie im Kriege zerstört haben, und kann deshalb um so weniger verstehen, warum sich gerade die Bundesrepublik immer wieder gegen die Sowjetunion richtet. Man kann nicht verstehen, daß die Deutschen den Russen, deren Land sie aufs schwerste zerstört hatten, immer noch die Vergewaltigungen in der Schlußphase des Krieges vorwerfen, während sie für die Amerikaner Sympathie entwickeln, die doch mit ihren Flächenangriffen auf deutsche Städte dem Volk viel mehr Leid und Schaden zugefügt hatten. Die deutschen Ansprüche erscheinen aus dieser Sicht unlogisch und Ausdruck eines unverhohlenen Revanchismus zu sein.

Das Mißtrauen gegenüber diesem deutschen Staat ist wesentlich dadurch gesteigert worden, daß die Bundeswehr inzwischen die modernste und leistungsfähigste Armee Westeuropas geworden und darüber hinaus mit den USA eng verbündet ist. Die Hauptgefahr wird dabei keineswegs in den Vereinigten Staaten gesehen.

Zwar überschätzt man nicht die Stärke der Bundesrepublik ⁷⁴⁾; wenn man aber trotz der eigenen Überlegenheit diesen Staat für gefährlich hält, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß als Folge des Krieges und der Nachkriegsentwicklung die negativen Elemente des historischen Deutschlandbildes in den Vordergrund getreten sind. Dabei sieht man die Deutschen nicht nur als Militaristen, die je nach der Situation brutal oder heuchlerisch vorgehen. Besonders gefährlich erscheinen sie erst durch ihre außergewöhnliche Wirklichkeitsfremdheit, ihre Fehleinschätzung politischer Situationen: „Auf Grund ihrer natürlichen (!) Geneigtheit, das Gewünschte für das Gegebene auszugeben“, schreibt Pavel Naumov, seien die westdeutschen Politiker dem Wunschdenken verfallen ⁷⁵⁾. Und A. Stepanov meint, Bismarck habe die Deutschen

⁷⁴⁾ Das bringt auch der Titel des Buches von P. Naumov zum Ausdruck: Pawel Naumov, Bonn — Macht und Ohnmacht, Frankfurt 1968.

⁷⁵⁾ Pawel Naumov, Na staroj revansistskoj steze, in: Kommunist, Nr. 18/1964, S. 104.

zu Recht davor gewarnt, sich von der Wirklichkeit zu entfernen. Die Haltung der westdeutschen politischen Führer in der Mitte der sechziger Jahre sei aber genauso „illusionär“ wie die der deutschen Außenpolitik in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Die Lehren der Vergangenheit hätten diese Politiker nicht beherzigt ⁷⁶). Insbesondere neigten sie auch dazu, ihre eigenen Kräfte und Fähigkeiten zu überschätzen.

Selbstüberschätzung und Überheblichkeit ist wohl das ausgeprägteste und häufigste negative Element sowohl des historischen als auch des gegenwärtigen Deutschlandbildes. So erscheint der westdeutsche Staat als ein Produkt des staatsmonopolistischen Kapitalismus, dessen herrschende Kreise unfähig sind, politische

Situationen richtig einzuschätzen, die ihre eigenen Ziele und Wünsche ständig mit der Realität verwechseln und dabei noch die eigenen Kräfte überbewerten. Aus dieser Sicht erscheint die Bundesrepublik und ihr Bündnis mit den USA als bedrohlich und schwer berechenbar. Man ist deshalb in der Sowjetunion allem gegenüber, was in der Bundesrepublik vorgeht, ganz besonders empfindlich und stets auf das Schlimmste gefaßt, denn „es gibt eine objektive Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Macht Westdeutschlands und seiner politischen Lage. Dieser Widerspruch läßt sich theoretisch auf zwei Wegen lösen: Auf dem kriegerischen — wie es die herrschenden Kreise Deutschlands bisher immer getan haben — und auf dem friedlichen“ ⁷⁷).

X. Schlußbemerkung

In den letzten zweieinhalb Jahren zeichnen sich deutlich Veränderungen in der Art und Weise ab, wie die sowjetische Publizistik die Bundesrepublik darstellt. Diese veränderten Darstellungen reflektieren auch partielle Veränderungen des BRD-Bildes der sowjetischen Führung. Daß eine Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten überhaupt möglich war, hat die sowjetischen Hoffnungen bestärkt, daß der Bonner Staat nicht einfach eine historische Parallele zur Entwicklung der Weimarer Republik ist.

Wenn sich auch prinzipiell die Vorstellungen, die man von den ‚herrschenden Kreisen‘ und der westdeutschen Bevölkerung hat, so gut wie nicht geändert haben, so hat sich doch die Vorstellung vom Kräfteverhältnis zwischen ihnen geändert. Ein wachsender Teil der Bevölkerung, so glaubt man, hat die Einsicht gewonnen, daß die frühere Politik nicht den eigenen Interessen diene. Dadurch wurde die Position der ‚herrschenden Kreise‘ entschieden geschwächt. Zugleich aber hat sich das sowjetische Bild von der sozialdemokratischen Führung geändert, die man jetzt nicht mehr als wirklichkeitsfremd ansieht, der man realpoli-

tisches Handeln bescheinigt und von der man langfristig positive Veränderungen in der Bundesrepublik erwartet. Das ist ein deutlicher Unterschied zu früher, als die SPD-Führung noch als Hauptstütze der Monopolbourgeoisie in der Arbeiterklasse galt.

So wie man früher schon hier und da einzelne politische Persönlichkeiten oder Gruppen in der Bundesrepublik, die sich in Wort oder Tat mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen befaßt hatten, gesehen und eingeschätzt hatte, so scheint man jetzt die sozialdemokratische Führung einzuschätzen: Noch keine prinzipielle Alternative, aber immerhin eine Alternative insoweit, daß ein gemeinsamer modus vivendi gefunden werden kann und daß vorhandene gemeinsame Interessen auch gemeinsam verfolgt werden können. Das Gefühl einer Bedrohung durch eine deutsche Fehleinschätzung der Lage und deutsche Selbstüberschätzung ist nicht mehr akut. Das hat es denn auch mit sich gebracht, daß die Berichte über die Bundesrepublik differenzierter und auch positiver geworden sind. Das Bild der Bundesrepublik Deutschland, das die sowjetische Agitation heute zeichnet, ist jetzt nicht mehr negativer als das anderer kapitalistischer Länder.

⁷⁶) A. Stepanov, Propoved' revanšizma, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Nr. 11/1965, S. 150.

⁷⁷) SPIEGEL-Interview mit Daniil Melnikov, in: DER SPIEGEL Nr. 4/1970, S. 100.

Deutschland und die Sowjetunion von Brest-Litowsk bis Rapallo

I. Einleitung

Vor 50 Jahren, am 16. April 1922, trafen sich in Rapallo der deutsche und der sowjetische Außenminister, um ein Abkommen zu unterzeichnen, auf das sich heute noch, und gerade heute wieder, angesichts der parlamentarischen Behandlung des Moskauer Vertrages die einen lobend, die andern warnend berufen. Wie seinerzeit das deutsch-sowjetische Verhältnis tatsächlich beschaffen war und wie die schließlich erzielte Verständigung im Westen aufgenommen wurde, möchte der folgende Beitrag rekapitulieren¹⁾.

Überblickt man die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in den letzten 200 Jahren, so scheinen wiederholt Zeiten offener Feindschaft plötzlich und für die Mitwelt vollkommen überraschend ein Ende zu finden durch Verträge, die nicht nur eine Verständigung zwischen den beiden eben noch zerstrittenen Parteien dokumentieren, sondern sich auch direkt oder indirekt gegen Mächte wenden, mit denen die Deutschen oder Russen gerade bessere Beziehungen anstreben, wenn sie nicht gar mit ihnen verbündet waren. So rettete im Mai 1762 der wenige Monate zuvor zur Herrschaft gelangte russische Zar Peter III. Preußen vor der unausweichlich erscheinenden Niederlage gegen eine Koalition europäischer Mächte, indem er mit Friedrich dem Großen Frieden schloß, wodurch sich auch die verbleibenden Gegner Preußens bald zur Beendigung des Krieges genötigt sahen. 50 Jahre später leitete der preußische General Yorck von Wartenburg mit der von ihm und dem Befehlshaber russischer Streitkräfte, General Diebitsch, zu Taurroggen getroffenen Neutralitätsvereinbarung den förmlichen Übergang Preußens von der französischen auf die russische Seite ein, der durch den Bündnisvertrag von Kalisch am 28. Februar 1813 besiegelt wurde.

Im März 1918 schied Rußland durch den Vertrag von Brest-Litowsk gegen den Willen seiner bisherigen Verbündeten aus dem Krieg mit Deutschland aus, obwohl es sich im September 1914 durch seine damalige Regierung verpflichtet hatte, keinen Separatfrieden zu schließen. Im April 1922 war es hingegen wiederum Deutschland, das von den Westmächten der Unehrenhaftigkeit geziehen wurde, nachdem der deutsche Außenminister sechs Tage nach Eröffnung der ersten großen internationalen Konferenz, zu der Vertreter Sowjetrußlands eingeladen worden waren, mit seinem russischen Kollegen in Rapallo einen Ver-

trag unterzeichnet hatte, der u. a. Probleme regelte, die auf der Konferenz allgemein gelöst werden sollten.

Unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schließlich, im August 1939, brach die sowjetische Regierung plötzlich Verhandlungen mit Vertretern der Westmächte über eine militärische Kooperation im Kriegsfall ab, um mit dem nationalsozialistischen Deutschland, das bis dahin als Hauptfeind der Sowjetunion bezeichnet worden war, ein in aller Eile geheim ausgehandeltes Abkommen abzuschließen, das außer einem gegenseitigen Nichtangriffsversprechen in einem Zusatzprotokoll die territoriale Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im östlichen Europa beinhaltete.

Unter all diesen Ubereinkünften nimmt der Rapallo-Vertrag heute noch, 50 Jahre nach seinem Abschluß, eine Sonderstellung ein. Er wird nicht nur als historisches Faktum gesehen, sondern ist zu einem Schlagwort in der politischen Diskussion geworden. Während in

¹⁾ Die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1922 sind Gegenstand einer Vielzahl von Untersuchungen geworden, von denen folgende unter verschiedenen Aspekten besonderes Interesse verdienen: N. L. Rubinštejn, *Sovetskaja Rossija i kapitalističeskie gosudarstva v gody perechoda ot vojny k miru (1921—1922)*, Moskau 1948; Edward Hallet Carr, *The Bolshevik Revolution 1917—1923*, Bd. 3, London 1953; Herbert Helbig, *Die Träger der Rapallo-Politik*, Göttingen 1958; Günter Rosenfeld, *Sowjetrußland und Deutschland 1917—1922*, Berlin 1960. Der Verfasser der vorliegenden Studie hat diesem Themenbereich seine Dissertation gewidmet, die unter dem Titel „Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo“ 1970 veröffentlicht wurde. Außer den genannten und anderen Werken konnten in diesem Aufsatz unveröffentlichte und bisher nicht ausgewertete Dokumente aus dem Foreign Office und dem politischen Nachlaß Lloyd Georges berücksichtigt werden. Hierfür möchte der Verfasser an dieser Stelle dem Public Record Office und der Beaverbrook Library seinen Dank sagen.

der sowjetischen Publizistik ‚Rapallo‘ als vorbildliches Beispiel einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen zwei Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung gutgeheißen wird, so wie es Lenin schon im Mai 1922 getan hatte, neigen westliche Stimmen eher zu einer skeptischen Beurteilung; für sie ist ‚Rapallo‘ häufig gleichbedeutend mit einer einseitigen An-

näherung Deutschlands an den Osten auf Kosten eines guten und vertrauensvollen Verhältnisses zu den Westmächten. Auch diese Interpretation ist praktisch so alt wie der Vertrag selbst, dessen Entstehungsgeschichte in dem weiteren Rahmen der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1922 im folgenden dargestellt werden soll.

II. Zwischen den Revolutionen

Unmittelbar nach der erfolgreichen Machtübernahme in Petrograd im November 1917 hatte die sowjetische Regierung einen Aufruf an alle Völker und Regierungen mit der Aufforderung zur Beendigung des Krieges „ohne Annexionen und Kontributionen“ gesandt. Sie hoffte, daß die werktätigen Massen auf Grund dieser Proklamation einen so intensiven Druck auf ihre Regierungen ausüben würden, daß kein Staat sich dem Angebot entziehen könne; doch diese Erwartungen erwiesen sich als trügerisch. Nur die deutsche Regierung und ihre Verbündeten, die im Gegensatz zu den Alliierten an einem Frieden im Osten sehr interessiert waren, fanden sich nach einer zweiten Aufforderung Ende November zu Waffenstillstandsgesprächen in Brest-Litowsk und nach deren Abschluß auch zu Friedensverhandlungen bereit. Sie hatten natürlich ganz andere Vorstellungen von einem Friedensschluß als die Russen, wenn auch der österreichisch-ungarische Außenminister, Graf Czernin, in seiner Programmrede am 25. Dezember 1917 den Worten nach das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Verzicht auf Kriegsent-schädigung im Namen der Vierbundmächte zu akzeptieren schien. Über die wahren Absichten ihrer Partner am Konferenztisch blieb die russische Delegation nicht lange im unklaren; sie verhandelte weiter, getreu den bolschewistischen Versprechungen vor der Revolution, dem Land, wenn irgendmöglich den Frieden zu bringen, ohne den auch die großen Projekte der Neuverteilung des Ackerbodens und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht realisiert werden konnten. Darüber hinaus hoffte die sowjetische Regierung, daß die tatsächlichen Forderungen der Mittelmächte den massiven Widerstand und vielleicht gar die revolutionäre Erhebung der deutschen Arbeiterklasse hervorrufen würden.

Vor allem auf Grund dieser letzten Erwartung versuchten die russischen Unterhändler, an deren Spitze seit Januar 1918 L. D. Trotzki stand, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Mitte Januar ließ sich eine Entscheidung russischerseits für oder gegen die drückenden Friedensbedingungen jedoch nicht mehr um-

gehen. Trotzki riet zur Ablehnung, weil er einen erneuten Kriegsausbruch für unwahrscheinlich hielt und als vorrangig ansah, daß der junge Sowjetstaat „in moralischer Hinsicht rein vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt“ dastehe. Im Zentralkomitee der RKP(b) und unter den Delegierten zum III. Sowjetkongreß fand er für seine Auffassung in zwei Abstimmungen die Mehrheit, obwohl Lenin energisch widersprach und darauf hinwies, daß Rußland dem Gegner bei einer nicht auszuschließenden Wiedereröffnung der Feindseligkeiten keine intakte Armee entgegenzustellen habe und außerdem den Frieden benötige, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.

Die von Trotzki vorgeschlagene Formel „Weder Krieg noch Frieden“ war in der Tat nicht so akademisch-sophistisch, wie sie auf Grund der späteren Ereignisse erscheinen mochte; so zeigte sich der deutsche Staatssekretär Kühlmann nicht abgeneigt, Trotzki's Kompromiß vorerst stillschweigend zu akzeptieren. Man könne nicht, so begründete er in einer Denkschrift vom 10. Februar 1918 an den Reichskanzler Hertling seine Auffassung, die bolschewistische Regierung nur mit militärischen Mitteln zur Unterzeichnung eines politischen Dokuments zwingen; die für einen solchen Zweck eingesetzten Truppen würden überdies an der Westfront fehlen. Zudem sei zu befürchten, daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten angesichts des halben russischen Entgegenkommens im Volk Unruhe hervorrufen werde. Hinter diesen Argumenten stand Kühlmann's Grundüberzeugung, daß der allgemeine Krieg nur durch einen Verständigungsfrieden zu beenden sei, in dem die Ostverhältnisse ohnehin neu geordnet würden.

Die Oberste Heeresleitung (OHL) hingegen, die auf einen Siegfrieden setzte, mochte sich mit den Vorstellungen des Staatssekretärs nicht einverstanden erklären und drängte auf „klare Verhältnisse und schnelles Handeln“. Nach Ludendorff's Vorstellungen sollte Rußland als Staat territorial ungefähr auf den Umfang des Großfürstentums Moskau im 17. Jh. beschränkt werden und „in möglichster politi-

scher, militärischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland eine wirtschaftliche Kraftquelle Deutschlands werden". Der Kaiser entschied sich für den General.

Am 18. Februar gingen die deutschen Truppen an der Ostfront zum Angriff über, ohne auf bedeutenden Widerstand zu stoßen. Lenin hatte mit seiner Prognose gegenüber Trotzki recht behalten. Die Friedensbedingungen, die die sowjetische Regierung sich nun gezwungen sah anzunehmen, um eine „Atempause“ gegenüber dem äußeren Feind zugunsten der Stärkung ihrer Macht im Innern zu erlangen, waren noch härter als vor Beginn der deutschen Offensive. Am 3. März unterzeichneten die russischen Vertreter den Vertrag, der in seinen Hauptbestimmungen vorsah, daß Kurland, Litauen und Polen aus dem russischen Staatsverband ausscheiden sollten, daß Livland und Estland sofort von den russischen Truppen zu räumen und von einer deutschen ‚Polizeimacht‘ zu besetzen seien und daß Sowjetrußland den Anfang Februar zwischen der Ukraine und den Mächten des Viererbundes geschlossenen Frieden anzuerkennen habe. Ferner verzichteten die Vertragspartner gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten und verpflichteten sich nach Art. 2, „jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teils unterlassen“ zu wollen. Nach der Ratifizierung des Vertrages — die von beiden Seiten noch im gleichen Monat vorgenommen wurde — sollten die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrußland aufgenommen werden.

In dem nahezu sechs Monate später, am 27. August 1918, geschlossenen Berliner Zusatzabkommen mußte Sowjetrußland die schon in dem Vertrag von Brest-Litowsk angelegte Lösung Livlands und Estlands aus dem russischen Reichsgebiet ebenso anerkennen wie die Selbständigkeit Georgiens; darüber hinaus wurde ihm als eine verschleierte Kriegskontribution, auf die förmlich im März verzichtet worden war, die Zahlung einer Abfindungssumme von 6 Milliarden Mark für Verluste deutscher Werte in Rußland auferlegt.

Selbst die staatsrechtliche Anerkennung, die die deutsche kaiserliche Regierung Sowjetrußland gegenüber ausgesprochen hatte, stellte de facto keine uneingeschränkt eingehaltene Verpflichtung dar. Das war vor allem den Kreisen um Ludendorff zuzuschreiben, die durch die Abkommen ihre noch weitergesteckten politischen und wirtschaftlichen Ziele nicht erfüllt sahen und die sowjetische Regierung nicht für den erwünschten „zuverlässigen Freund und Verbündeten“ hielten. Sie wollten

vielmehr Vertreter der rechtsextremen monarchischen Richtung an der Macht sehen und unterstützten deswegen zum Leidwesen der politischen Führung mittelbar und unmittelbar Maßnahmen, die den Sturz der bolschewistischen Regierung zum Ziel haben konnten oder sollten.

Auch in der Wilhelmstraße war man von tiefem Mißtrauen in die politischen Grundsätze und Absichten der Regierung in Moskau erfüllt, glaubte aber nichts zu ihrem Sturz unternehmen zu dürfen, da sie vorerst die Durchführung der Verträge von Brest-Litowsk und Berlin garantierte, was man von keiner anderen politischen Partei in Rußland erwartete. Die Ermordung des ersten deutschen Botschafters in Sowjetrußland, Graf Mirbach, durch die linken Sozialrevolutionäre, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen provozieren sollte, beirrte das Auswärtige Amt nicht in seiner Politik. Es plante sogar für den Fall, daß die Linken Sozialrevolutionäre die bolschewistische Regierung stürzen sollten, zugunsten der letzteren militärisch zu intervenieren. Ebenso und aus denselben Gründen zeigte man sich im Auswärtigen Amt bereit, dem Anfang August geäußerten Wunsch der sowjetischen Regierung nach militärischer Unterstützung gegen die Entente, die Truppen nach Nordrußland entsandt hatte, zu willfahren. Das Projekt scheiterte indes an dem nicht unbegründeten Mißtrauen der bolschewistischen Führung gegenüber den von Ludendorff vorgelegten Operationsplänen.

Die bedingte, notgedrungen geübte Kooperationswilligkeit der russischen Seite implizierte verständlicherweise nicht, daß die sowjetische Regierung in den Verträgen, die ihr in Brest-Litowsk und Berlin aufgezwungen worden waren, eine dauerhafte Grundlage für ihre Beziehungen zu Deutschland gesehen hätte. Sie setzte ihre Hoffnungen auf die sozialistische Revolution in Deutschland, deren Entwicklung sie nicht nur aufmerksam verfolgte, sondern durch ihre Botschaft in Berlin auch tatkräftig, entgegen Art. 2 des Vertrages von Brest-Litowsk, förderte. Anfang Oktober glaubte Lenin, die proletarische Erhebung stehe unmittelbar bevor und man müsse mit ihr „als Ergebnis der nächsten Tage“ rechnen. Folgerichtig mahnte er, daß es jetzt keinerlei Bündnis mit dem kaiserlichen Deutschland mehr geben dürfe. Anlaß zu einer solch optimistischen Einschätzung der Lage gaben ihm das am 29. September von Hindenburg und Ludendorff geforderte Waffenstillstandsangebot an die Entente, womit die militärische Niederlage Deutschlands im Weltkrieg öffentlich eingestanden wurde, und die am gleichen Tag angekündigte Verfassungsreform, die offenkun-

dig dazu dienen sollte, der politischen Opposition gegen das kaiserliche Regime, mit der nun verstärkt zu rechnen war, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Als weiteres Mittel zur Bekämpfung der Revolutionsgefahr empfahlen der preußische Innenminister und einige seiner Kollegen im Kriegskabinet den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland und die Ausweisung der russischen Diplomaten. Aber das Auswärtige Amt lehnte solche Maßnahmen vorerst noch ab. Es bezweifelte nicht, daß die sowjetische Botschaft in Berlin Zentrum revolutionärer Agitationstätigkeit sei, stellte aber die Wirksamkeit dieser Propaganda in Frage; wichtiger schien ihm bis zum 28. Oktober, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland eine schwere Schädigung deutscher wirtschaftlicher Interessen zur Folge haben werde. Unmittelbar nach dem Beginn der Meuterei auf der Hochseeflotte in Wilhelmshaven schloß sich das Auswärtige Amt indes seinen bisherigen Kritikern an und plädierte nun gleichfalls für den Abbruch der Beziehungen. Eine am 4. November absichtlich auf dem Bahnhof Berlin-Friedrichstraße beschädigte Kurierkiste, die Flugblätter revolutionären Inhalts enthalten haben soll, lieferte den Vorwand, um dem sowjetischen Botschafter Ioffe und seinen Mitarbeitern die Pässe zuzustellen zu können. Um etwaigen Repressalien der russischen Regierung nach Möglichkeit vorzubeugen, wurde von deutscher Seite offiziell indes nicht von einem Abbruch, sondern

von einer ‚Unterbrechung‘ der diplomatischen Beziehungen gesprochen.

In seinen ersten Stellungnahmen interpretierte Lenin die Entscheidung der deutschen Regierung als Zeichen der Schwäche und der Furcht vor dem Bolschewismus, das den notwendigen Gang der Dinge nicht ändern werde. In der Tat konnte die Ausweisung Ioffes den Ausbruch der Revolution nicht verhindern, was indes nicht bedeutet, daß die Maßnahme im Hinblick auf die innere Lage in Deutschland wirkungslos gewesen wäre: Sie versperrte den russischen Kommunisten die Möglichkeit des ständigen Kontakts mit der linksradikalen revolutionären Arbeiterschaft in Deutschland; darüber hinaus sollte sich das Fehlen einer ständigen Funkverbindung nach Berlin für die sowjetische Regierung in den folgenden Wochen und Monaten als ein äußerst nachteiliges Hindernis bei ihrer Beurteilung der Situation im Reich erweisen.

Ziemlich ungeschickt wirkten bereits zwei Funksprüche der Sowjetregierung vom 11. November, in denen sie auf Grund unzureichender Nachrichten die Arbeiter und Soldaten noch gegen eine Regierung der Sozialdemokraten und für eine Machtübernahme durch Liebknecht und seine Anhänger zu mobilisieren suchte, als in Wirklichkeit die Würfel bereits gefallen waren und die beiden großen sozialistischen Parteien MSPD und USPD sich schon mit Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins geeinigt hatten, gemeinsam eine Regierung unter dem Namen ‚Rat der Volksbeauftragten‘ zu bilden.

III. Annäherung oder Konfrontation?

Die neue deutsche Regierung zeigte keine Neigung, das Schicksal Deutschlands mit dem Sowjetrußlands zu verbinden. Anregungen aus Moskau, die von der Offerte, zwei Züge mit Brotgetreide zu senden, über den Wunsch zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bis hin zu dem Angebot eines Schutz- und Trutzbündnisses reichten, schenkte sie kein Gehör; vielmehr nutzte sie die beiden erwähnten russischen Appelle neben anderen Begründungen als Vorwand, um bis zum Ende des Jahres 1918 das Verhältnis zu dem Nachbarn im Osten dilatorisch zu gestalten.

Die Entscheidung für eine derartige Politik war in der Kabinettsitzung vom 18. November auf Antrag des USPD-Vertreters Haase gefallen, der im ‚Rat der Volksbeauftragten‘ für die auswärtigen Angelegenheiten zuständig war. Ebert hatte ihn mit der Erklärung unterstützt, daß es die Hauptaufgabe der Regierung sei, Frieden zu schließen und alles, was

dem entgegenstehe, zurückzustellen. Berichte der deutschen Gesandtschaften im neutralen Ausland betonten nun aber, daß bereits die Rückkehr Ioffes genügen würde, um in den Augen der Entente die Friedensaussichten zu verringern. Kautsky, der als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt der Sitzung beiwohnte, steuerte noch ein weiteres Argument zugunsten einer abwartenden Politik gegenüber Rußland bei. Er meinte, die Sowjetregierung werde sich gegen ihre inneren und äußeren Gegner nicht mehr lange behaupten können und „in einigen Wochen erledigt“ sein.

Zweifellos mußte auch vom innenpolitischen Standpunkt eine dilatorische Haltung gegenüber Sowjetrußland als vorteilhaft erscheinen, weil sie wenigstens für eine gewisse Zeit sowohl vor linksradikalen Anhängern der USPD zu verteidigen war als auch gegenüber bolschewismusfeindlichen Kreisen wie insbe-

sondere der OHL, die durch Groener am 10. November mit Ebert vereinbart hatte, daß das Offizierskorps sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen sollte, wofür diese versprach, kommunistischen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten.

Durch den Austritt der USPD-Mitglieder aus dem ‚Rat der Volksbeauftragten‘ Ende Dezember 1918 sowie durch den von vornherein zum Scheitern verurteilten, schlecht vorbereiteten und organisierten Januar-Aufstand der Anhänger Liebknechts, der unzutreffenden Gerüchten und Meldungen zufolge von russischer Seite angezettelt worden sein sollte, wurde innenpolitisch der Boden für eine Neuorientierung der deutschen Politik gegenüber Sowjetrußland geschaffen, die der im Dezember 1918 zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt berufene Graf Brockdorff-Rantzau schon vorher aus außenpolitischen Gründen programmatisch vorgesehen hatte. Seiner Überzeugung nach konnte „als einzig einigende Formel . . ., um mit unseren jetzigen Feinden wieder in ein erträgliches Verhältnis zu kommen“, nur der „Kampf gegen den Bolschewismus“ in Betracht kommen. Lediglich wenn die Alliierten Deutschland durch unannehmbare Friedensbedingungen zur Verzweiflung trieben und der Bolschewismus in Deutschland doch siegte, lautete die politische Alternative des Grafen, sollte und müßte das Reich mit Sowjetrußland zusammen gegen die Entente vorgehen. Er selbst wollte sich dann an die Spitze der Bewegung stellen. Es gab indes kein Anzeichen dafür, daß die linksradikalen Kräfte im Falle ihres Sieges Brockdorff als ihren Führer oder auch nur in einer Stellung zu sehen wünschten, in der er noch irgendeinen Einfluß auf die Außenpolitik nehmen konnte.

Die erste Konzeption bot sich hingegen nicht nur wegen der in ihr enthaltenen möglichen politischen Erfolgsaussichten an, sondern auch, weil die Beziehungen zwischen dem Reich und Sowjetrußland nach Ansicht der politischen und militärischen Führung ohnehin — aus noch näher zu erläuternden Gründen — zur Konfrontation drängten. So stimmten ihr die sozialdemokratischen Volksbeauftragten in der zweiten Januarhälfte 1919 zu, und Scheidemann nahm nach den Wahlen zur Nationalversammlung Brockdorff mit eben diesem Programm als Außenminister in sein Kabinett auf.

Immerhin gab es schon einen Präzedenzfall, der die Erwartungen Brockdorffs als realistisch erscheinen lassen mochte: Nach der Übergabe der Waffenstillstandsbedingungen in Compiègne durch Marschall Foch am 8. November 1918 hatte der Leiter der deutschen Delega-

tion, Erzberger, Einspruch gegen den in Art. 12 vorgesehenen Abzug der deutschen Truppen aus allen Territorien, die vor dem Krieg zu Rußland gehört hatten, mit der Begründung eingelegt, man liefere sie so dem Bolschewismus aus. Foch akzeptierte das Argument und bestimmte eigenmächtig, daß das deutsche Heer die fraglichen Gebiete erst dann räumen müsse, wenn die Alliierten den Zeitpunkt hierzu für gekommen hielten. Das Zugeständnis entsprach den Interessen derjenigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kreise Deutschlands, die Rußland durch einen Randstaatengürtel sowohl geschwächt als auch vom Reich getrennt sehen wollten, und die zudem noch hofften, einen wirksamen politischen und wirtschaftlichen Einfluß insbesondere auf die baltischen Staaten ausüben zu können.

Die erschöpften und größtenteils überalterten Soldaten wollten indes nach Hause und räumten ihre Stellungen teils unter dem Druck der angreifenden kommunistischen Formationen, teils freiwillig. Die Reichsregierung geriet dadurch in zweifacher Hinsicht in eine peinliche Lage. Einerseits wurde sie von den Alliierten verdächtigt, mit den Bolschewisten zu sympathisieren, andererseits sah sie in den sowjetischen Verbänden, die ohne erhebliche Gegenwehr vorrückten, eine Gefahr für Ostpreußen und das übrige Reich.

Der sowjetische Außenminister Čičerin beteuerte zwar in mehreren Noten, daß diese Befürchtung ganz und gar unbegründet sei und daß die Rote Armee allenfalls nach einer kommunistischen Machtergreifung dem deutschen Volk in seinem etwaigen Verteidigungskampf gegen die Westmächte als Verbündeter zu Hilfe kommen würde; aber Nachrichten aus anderen Quellen, die eine gewisse Aufmerksamkeit verdienten, sprachen beharrlich davon, daß die sowjetischen Truppen auch unter den gegebenen Verhältnissen die Reichsgrenze zu überschreiten gedächten. Das zögernde Verhalten der kommunistischen Verbände nach der Einnahme Rigas Anfang Januar und die ablehnende Stellungnahme Lenins vor dem Petrograder Sowjet zu der Frage eines etwaigen Angriffs gegen Deutschland lassen indes erkennen, daß ein solcher Plan tatsächlich nicht bestand. Maßgeblich hierfür waren keine völkerrechtlichen Erwägungen, die auch umgekehrt in jener Zeit nicht von den Westmächten, einschließlich Deutschlands, gegenüber Sowjetrußland berücksichtigt wurden, als vielmehr die Einsicht, daß die eigenen machtpolitischen Möglichkeiten nicht ausreichten, um die deutschen Kommunisten militärisch in ihrem Kampf gegen die Regierung zu unterstützen; schließlich

mußte der junge Sowjetstaat in jenen Tagen selbst gegen in- und ausländische Feinde um seine Existenz kämpfen.

Deutsche Truppen nahmen an den kriegerischen Auseinandersetzungen mit Sowjetrußland nicht teil, doch entwickelte sich im Baltikum unter Leitung des Generals von der Goltz im Laufe des Jahres 1919 aus den Freiwilligenverbänden, die nach Kurland geschickt worden waren, um die deutsche Ostgrenze zu schützen, eine Offensivtruppe, deren Endziel nach dem Willen ihres Führers die Eroberung von Petrograd und die Beseitigung der Sowjetherrschaft sein sollte. Hauptverbündeter bei dem Vorhaben war der Oberst Avalov-Bermond, der angeblich einem russischen Fürstenhaus entstammte; er befehligte zunächst unter v. d. Goltz zwei russische Freiwilligenkorps und übernahm später die Leitung der gesamten Operationen. Eine bedeutende Erleichterung seiner Pläne konnte v. d. Goltz auch in der zeitweiligen finanziellen Unterstützung durch interessierte Kreise der deutschen Schwerindustrie und in der politischen Hilfe sehen, die ihm einige Beamte des Auswärtigen Amtes leisteten. Die Reichsregierung selbst wurde hingegen lange Zeit in die Absichten des Generals nicht eingeweiht und stand ihnen, als sie in der zweiten Jahreshälfte in einer schon gänzlich veränderten politischen Situation davon erfuhr, ablehnend gegenüber. Zu energischen Maßnahmen gegen v. d. Goltz und seine Anhänger entschloß sie sich indes erst auf massiven Druck der Alliierten hin, die befürchteten, daß Deutschland sich die baltischen Randstaaten und eventuell sogar Rußland politisch und wirtschaftlich unterwerfen könnte. Im Spätherbst 1919 war das ganze Unternehmen endgültig gescheitert.

Die sowjetische Regierung hatte wiederholt gegen den Vormarsch der Truppen im Baltikum, in dem sie frühzeitig eine Bedrohung ihres Staates vermutete, protestiert, doch gleichzeitig hatte sie, wenn auch auf andere Weise, ebenfalls versucht, einen Umsturz der in Deutschland bestehenden politischen Ordnung herbeizuführen. Erst der Sieg der proletarischen Revolution in dem hochentwickelten Industriestaat, glaubte sie, werde endgültig

sicherstellen, daß das sozialistische System in dem noch vorwiegend agrarischen Rußland Bestand haben werde und zudem die Garantie für den weltweiten Triumph des Sozialismus sein. Um aber der kommunistischen revolutionären Bewegung in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen, schleuste sie erfahrene und fähige Agitatoren wie Karl Radek ein, sandte Funksprüche, die zum revolutionären Entscheidungskampf gegen die Reichsregierung aufforderten und begrüßte jeden Aufstand, wenn seine Ziele vom marxistischen Standpunkt auch so zweifelhaft waren wie die der Erhebung, die von Landauer und Toller in München inszeniert wurde und von der die deutschen Kommunisten sich distanzieren.

Die Reaktion der Reichsregierung auf diese Vorfälle und ihre sonstige Politik waren so, daß niemand bezweifeln konnte, daß es ihr mit dem „Kampf gegen den Bolschewismus“ ernst war; jedoch die Hoffnungen, die in diese politische Konzeption im Hinblick auf die Siegermächte gesetzt worden waren, erfüllten sich nicht. Weil die Versailler Friedensbedingungen von der Regierung für unannehmbar gehalten wurden, demissionierte sie. Ihre Nachfolgerin, die vornehmlich wiederum von der MSPD-Fraktion gestützt wurde, entschied sich für die Billigung der Forderungen, um Sanktionen zu vermeiden und die Einheit des Reiches zu wahren.

Hinsichtlich Rußlands zielten die Bestimmungen des Friedensvertrages in erster Linie darauf, jeglichen Einfluß Deutschlands auf diesen Staat zu verhindern. So wurde nochmals — wie schon in den Waffenstillstandsbedingungen — die Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk und Berlin festgesetzt; darüber hinaus wurde Rußland als Geste des Wohlwollens zugunsten eines antibolschewistischen Regimes, dessen Errichtung man in der nahen Zukunft erwartete, ein Reparationsanspruch eingeräumt. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1920 wurde dieses Recht allmählich der sowjetischen Regierung zuerkannt, woraufhin man sich deutscherseits zu einer Generalbereinigung des Verhältnisses zu Moskau entschied, wie sie sich dann im Rapallo-Vertrag widerspiegeln sollte.

IV. Realismus und Illusionen

Schon der Nachfolger Brockdorff-Rantzau, Hermann Müller, unternahm es aus allgemeinen politischen Erwägungen, die von seinem Vorgänger empfohlene und praktizierte Politik gegenüber Sowjetrußland, die nun ja auch ihren ursprünglichen Sinn verloren hatte, zu ändern. Entgegen der Ansicht einzelner hoher

Beamter im Auswärtigen Amt, die infolgedessen nicht immer, insbesondere im Zusammenhang mit dem schon erwähnten Baltikum-Unternehmen, loyal mit ihm zusammenarbeiteten, meinte Müller, daß die nun Rußland gegenüber einzunehmende Haltung nicht von der Erwartung bestimmt sein dürfe, daß der Sieg

der antibolschewistischen Kräfte unmittelbar bevorstehe; vielmehr müsse man gegenwärtig davon ausgehen, daß die sowjetische Regierung die tatsächliche Trägerin der Regierungsgewalt in Rußland sei. Mehr als eine „abwartende“ Politik mochte aber auch der neue Außenminister vorerst mit Rücksicht auf die Westmächte und angesichts des noch unentschiedenen Machtkampfes in Rußland nicht empfehlen. Das Kabinett pflichtete ihm in dieser Auffassung bei. Reichswirtschaftsminister Schmidt ging sogar noch weiter und forderte, wie schon im Juni 1919 sein Vorgänger Wissell, im Interesse bedeutender deutscher Industriekreise „die rascheste Herbeiführung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland“.

Vor ihrer ersten größeren Bewährungsprobe stand die neue deutsche Ostpolitik, als die Alliierten Anfang Oktober den Wunsch äußerten, Deutschland möge sich an Maßnahmen beteiligen, die die vollständige Blockade Sowjetrußlands zum Ziel hatten. In ihrer Antwort suchte die deutsche Regierung ihre Interessen allen Seiten gegenüber zu wahren, indem sie ausführte, daß ihr eine Stärkung der antibolschewistischen Kräfte in Rußland viel eher durch eine Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen möglich erscheine als durch eine wirtschaftliche Absperrung, an der sie sich deshalb nicht beteiligen wolle. Ihren Hoffnungen entsprechend zeigte man sich insbesondere in England von diesem Argument beeindruckt.

Die sowjetische Regierung nahm die politische Kursänderung, wie sie in der deutschen Note und zuvor schon in Äußerungen Müllers vor dem Reichstag zum Ausdruck kam, zum Anlaß, den diplomatischen Dialog mit der deutschen Regierung zu intensivieren. Ihre Bestrebungen hatten insoweit Erfolg, als der deutsche Außenminister und der Wirtschaftsminister den von ihr entsandten Vertreter, Viktor Kopp, empfingen und ihm in der Folgezeit gestatteteten, mit Beamten beider Ministerien Fragen, die die Wiederanknüpfung des Wirtschaftsverkehrs betrafen, zu erörtern.

Mitte Januar 1920 unternahm die sowjetische Regierung einen neuen Versuch zur zwischenstaatlichen Annäherung, indem sie durch Kopp offiziell Vorschläge unterbreiten ließ, die von dem Austausch der beiderseitigen Gefangenen bis hin zur sofortigen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und amtlichen Beziehungen reichten.

Den Zeitpunkt für die Demarche hatte man sehr umsichtig gewählt. An der gesicherten innenpolitischen Stellung der sowjetischen Regierung war fürs erste, nachdem die großen Feinde im Bürgerkrieg Ende 1919 endgültig

niedergeworfen und die ausländischen Interventionstruppen zurückgezogen worden waren, nicht zu zweifeln. Die Blockade gegen Sowjetrußland war von den Alliierten soeben aufgehoben worden, und in Kopenhagen führten bereits ein englischer und ein sowjetischer Vertreter Verhandlungen über die Rückführung der Gefangenen. Die deutsche Regierung hatte zudem nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages etwas mehr politischen Spielraum gegenüber dem Osten als vorher.

H. Müller verschloß sich der neuen Situation nicht, wenn er auch, wie der Rußlandreferent im Auswärtigen Amt, Ago von Maltzan, die Wiederaufnahme amtlicher Beziehungen zu Sowjetrußland nach wie vor für inopportun hielt und die Erlaubnis, mit diesem Staat Handel zu treiben, noch nicht geben mochte, um England nicht vorzugreifen, auf dessen Hilfe bei der Revision des Friedensvertrages alle deutschen Regierungen der Nachkriegszeit rechneten. Dem deutschen Außenminister schien es aber doch an der Zeit, einen kleinen Schritt nach vorn zu tun und die Beziehungen zu Sowjetrußland „in vorsichtiger Form . . . wieder aufzunehmen“. Die Gefangenenfrage, in der England und Sowjetrußland am 12. Februar zu einer Verständigung gelangten, sah er als geeigneten Ausgangspunkt an. Da die Russen einen entsprechenden deutschen Vertragsentwurf mit unerheblichen Abänderungswünschen akzeptierten, konnte am 19. April 1920 als erstes deutsch-sowjetisches Abkommen nach der Annullierung der Verträge von Brest-Litowsk und Berlin die Vereinbarung über die Rückführung der beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen unterzeichnet werden.

Die solchermaßen gezeigte diplomatische Aktivität der Sowjetregierung stellte jedoch nur einen Teilaspekt ihrer Außenpolitik dar, der vor allem verhindern sollte, daß Deutschland eine Einheitsfront mit den übrigen kapitalistischen Staaten gegenüber Rußland bildete. Wie begrenzt zeitlich die Bedeutung war, die der traditionellen Außenpolitik aus bolschewistischer Sicht weiterhin beigemessen wurde, läßt sich nicht zuletzt aus der Prophezeiung Lenins vom Juli 1919 ablesen, wonach der Ausbruch der deutschen proletarischen Revolution spätestens im Sommer 1920 erfolgen sollte. Nach wie vor sahen die führenden Kreise Sowjetrußlands in dem Sieg der kommunistischen Bewegung Deutschlands das einzige sichere Unterpfand für die unwiderrufliche Aufrechterhaltung des sozialistischen Systems in ihrem Land.

Eine erkennbare Konzession der sowjetischen Regierung zugunsten ihrer diplomatischen Be-

mühungen bestand allerdings darin, daß sie selbst seit dem Sommer 1919 ihre Propaganda für die Revolution in Deutschland stark einschränkte und diese Aufgabe dem Exekutivkomitee der im März 1919 in Moskau gegründeten III. Internationale (EKKI) überließ; gleichzeitig beteuerte sie, für die Aufrufe und Handlungsweise dieses Gremiums, das kein Regierungs-, sondern lediglich ein Parteiorgan sei und seinen Sitz nur zufällig in der sowjetischen Hauptstadt habe, nicht verantwortlich zu sein.

Im Auswärtigen Amt wurde diese Interpretation jedoch von Anfang an bestritten und darauf verwiesen, daß in dem EKKI mit Lenin und Trotzki zwei maßgebliche Regierungsmitglieder säßen; außerdem genösse das EKKI staatliche Unterstützung und dürfe z. B. die russischen Funkstationen für die Verbreitung seiner Proklamationen benutzen. Sicher ist in der Tat, daß das EKKI der sowjetischen Regierung näher stand, als diese nach außen hin wahrhaben wollte, was indes nicht verhinderte, daß das Exekutivkomitee bisweilen durchaus eigene Wege ging.

Insgesamt gesehen hatten die Propagandaaktionen, von welcher Stelle sie auch immer ausgingen, seit der zweiten Hälfte des Jahres 1919 für lange Zeit keinen allzu nachhaltigen Einfluß mehr auf die deutsche Ostpolitik. Selbst direkte Aufrufe zum Sturz der Reichsregierung während der linksradikalen Erhebungen, die dem Kapp-Putsch im März 1920 folgten, wurden wie die Entsendung kommunistischer Agitatoren ins Ruhrgebiet nur durch formalen Protest beantwortet. Die Regierung fühlte sich nun stark genug, der Gefahr, die von den Kommunisten drohte, Herr zu werden. Ende Juli erklärte der damalige Außenminister Simons vor dem Reichstag, daß es nicht sinnvoll sei, das Verhältnis zu Sowjetrußland von der Angst bestimmen zu lassen, die dort herrschenden Gesinnungen könnten den eigenen Regierungskreisen gefährlich werden. Den unliebsamen ideologischen Einwirkungen des Nachbarvolkes sei nicht durch Abschließung oder gar durch Feldzüge, sondern nur durch eigene politische Anstrengungen zu begegnen. Die versöhnlichen Worte des Außenministers hatten allerdings einen konkreten diplomatischen Hintergrund. Aus Furcht, Deutschland könne sich in dem seit April 1920 währenden offenen Krieg Sowjetrußlands mit Polen auf dessen Seite schlagen, weil hier, nach Ansicht Lenins, „nicht die russische oder polnische Frage, sondern die Frage der Existenz der gesamten Bourgeoisie entschieden“ werden würde, hatte die sowjetische Regierung durch Kopp im Auswärtigen Amt erneut

die Wiederaufnahme normaler Beziehungen vorschlagen lassen und versprochen, in einem solchen Fall bei den künftigen Friedensverhandlungen mit Polen eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands zu verlangen. Da im Juli an dem vollständigen Sieg der sowjetischen Truppen kein Zweifel möglich schien und Simons wie fast alle westlichen Politiker zu der Ansicht neigte, daß die offizielle, von Čičerin geführte sowjetische Außenpolitik den herkömmlichen diplomatischen Maßstäben zu messen sei, nahm er das Angebot für bare Münze und akzeptierte es als den deutschen Interessen entsprechend.

Am 22. Juli schrieb er dem sowjetischen Außenminister einen vertraulichen Brief, in dem er sich zu Gesprächen über die Aufnahme amtlicher Beziehungen unter der Voraussetzung bereit erklärte, daß vorher in einer näher bezeichneten Form Sühne für den Mord an Graf Mirbach geleistet werde. Zwei Tage zuvor war von dem Reichspräsidenten, in Bestätigung der bisher schon geführten Politik, offiziell erklärt worden, daß Deutschland in dem polnisch-sowjetischen Krieg neutral bleiben werde. In seiner Antwort begrüßte Čičerin den deutschen Willen zur Verständigung, lehnte aber die einzige formulierte Vorbedingung ab, indem er erklärte, seinerzeit sei für den gewaltsamen Tod des deutschen kaiserlichen Botschafters bereits ausreichende Genugtuung geleistet worden. Wichtiger als die völkerrechtliche Seite des Problems war für die sowjetische Regierung indes, wie sie Kopp wissen ließ, die Befürchtung, daß eine erneute Entschuldigung bei den deutschen Arbeitern einen „schlechten Eindruck“ machen würde.

Dieser Gesichtspunkt war in jenen Tagen für die politische Führung in Moskau von großer Bedeutsamkeit, weil sie erwartete — was den taktischen Charakter ihrer damaligen diplomatischen Aktivität unterstreicht —, daß der siegreiche Vormarsch der Roten Armee in Polen die kommunistischen Arbeiter in Deutschland zum Aufstand ermutigen werde, da sie jetzt mit der bewaffneten Hilfe der sowjetischen Truppen rechnen konnten.

Um die deutsche Regierung nun andererseits nicht in das feindliche Lager abschnellen zu lassen, ließ die sowjetische Regierung mündlich durch Kopp einige Vermittlungsvorschläge in der Mirbach-Angelegenheit vortragen, die sie dann teilweise selbst wieder ablehnte oder dilatorisch behandelte.

Simons seinerseits verlor jegliches Interesse an einem rasch vollzogenen politischen Ueberkommen mit Sowjetrußland (dem ohnehin

das nicht gering veranschlagte Risiko anhaftete, England zu verstimmen), als die Rote Armee sich nach der verlorenen Schlacht bei Warschau überstürzt zurückziehen mußte und an eine Revision des Friedensvertrages mit russischer Hilfe auch dann nicht mehr zu den-

ken war, wenn man die Aufrichtigkeit der sowjetischen Versprechungen unterstellte.

Nachrichten von Unruhen in Rußland verstärkten im Herbst 1920 noch die Politik der Zurückhaltung deutscherseits um so mehr, als man gar die Macht der Bolschewisten gefährdet glaubte.

V. Wirtschaft und Politik

Die wirtschaftlichen Interessen bildeten um die Jahreswende 1920/21 den Ausgangspunkt für eine neue, weniger spektakuläre, aber stetigere Form der Annäherung zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Schon im Sommer 1920 war anlässlich umfänglicher sowjetischer Bestellungen von Eisenbahnmaterial und Lokomotiven den deutschen Privatfirmen freigestellt worden, mit amtlichen Stellen Sowjetrußlands Geschäftsabschlüsse zu tätigen. Abgesehen von jenen Aufträgen waren zwar in diesem Jahr die erzielten Handelsergebnisse auf beiden Seiten noch nicht sehr stattlich — sie beliefen sich auf etwa 1 % des Handelsvolumens von 1913 —, doch schon im Februar 1920 hatten bedeutende deutsche Industrielle und Bankkaufleute in einer Denkschrift argumentiert, daß es in den kommerziellen Beziehungen mit Sowjetrußland in erster Linie auf die „in nicht sehr ferner Zukunft reifenden Früchte und nicht auf unmittelbar sofort greifbare Vorteile“ ankomme. Die allgemeine schwierige wirtschaftliche Situation und die Furcht, die ausländische Konkurrenz könnte ihnen zuvorkommen, waren weitere Motive deutscher Industrie- und Handelskreise, sich an einer vertraglichen Grundlage für die Durchführung des Warenverkehrs mit Sowjetrußland interessiert zu zeigen. Schließlich und nicht zuletzt wollte man die Chancen nützen, die das Dekret über die Konzessionen, das die sowjetische Regierung im November 1920 erlassen hatte, zu bieten schien, hieß es doch in der veröffentlichten Begründung der Verfügung, daß in bestimmten Teilen Rußlands Wald-, Landwirtschafts- und Montankonzessionen gewährt werden sollten, um die volkswirtschaftliche Situation des eigenen Landes und der ganzen Welt zu verbessern.

Neben diesen Erwägungen — und im Vergleich mit ihnen vorrangig — waren allerdings politische Überlegungen ausschlaggebend für den Beschluß des Edikts gewesen. Während des polnisch-sowjetischen Krieges, der nicht, wie in Moskau erwartet, zur proletarischen Revolution in Polen und Deutschland geführt hatte, war Lenin zu der Erkenntnis gekommen, daß mit einer erfolgreichen Erhebung der kommunistischen Arbeiter in einem der westlichen

Länder in naher Zukunft nicht zu rechnen sei und daß Sowjetrußland deshalb, auf sich allein gestellt, versuchen müsse, zu einem modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten zu kommen, bis es durch die Weltrevolution aus seiner Isolierung befreit würde. Nicht mehr von Fall zu Fall oder für kurze Dauer, sondern auf lange Zeit galt es nun, zu verhindern, daß die Feinde des sozialistischen Systems sich gegen Sowjetrußland zusammenschlossen, und als Hilfsmittel hierzu war das Konzessionsdekret ausersehen, das an den wirtschaftlichen Egoismus der einzelnen Länder appellierte und die Besitzer von Konzessionen bestimmen sollte, sich aus eigenem Interesse für die Aufrechterhaltung des Friedens mit Sowjetrußland einzusetzen. Wenn trotzdem in der Praxis relativ wenig Gebrauch von dem Dekret gemacht wurde, dann war das der nicht unbegründeten Furcht zu verdanken, die ausländischen Konzessionäre könnten ihre Tätigkeit in Rußland nutzen, um das sozialistische Wirtschaftssystem zu unterminieren.

Mit der nur beschränkten Anwendung des Dekrets rechnete man jedoch in den westlichen Ländern Anfang des Jahres 1921 noch nicht, als von deutscher Seite der sowjetischen Regierung der Vorschlag unterbreitet wurde, die rechtliche Grundlage für den künftigen Handel zu fixieren. Ferner sollte über eine Ausweitung des Aufgabenbereichs der amtlichen Vertretungen, die man sich gegenseitig 1920 zur Fürsorge für die Kriegs- und Zivilgefangenen zugestanden hatte, verhandelt werden. Die sowjetische Regierung nahm das Anerbieten, das ihr sowohl vom politischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt her gelegen kam, an, und die Ergebnisse der in Moskau geführten Gespräche konnten sehr bald in einem Protokoll niedergelegt und unterzeichnet werden. Über diesen Verhandlungsstand mochten das Auswärtige Amt und Simons zunächst nicht hinausgehen, da sie das Ergebnis der in Sowjetrußland erneut ausgebrochenen Unruhen abwarten wollten, vor allem aber, weil sie aus den schon genannten Gründen der englischen Regierung nicht vorzugreifen beabsichtigten, die bereits früher als die Deutschen in ähnliche Verhandlungen mit Moskau eingetreten war,

aber erst am 16. März 1921 deren erfolgreichen Abschluß vollziehen konnte. Nun zögerte man auch in der Wilhelmstraße nicht länger, die nötigen Schritte zu unternehmen, um dem vorliegenden Protokoll die Form eines Abkommens zu geben. Einen zusätzlichen Anreiz hierfür bildeten Hoffnungen, die von interessierten deutschen Kreisen mit der Einführung der ‚Neuen Ökonomischen Politik‘ in Rußland verbunden wurden; man sah darin eine Rückkehr zu kapitalistischen Wirtschaftsformen, die früher oder später entsprechende politische Konsequenzen haben könnten.

Unabhängig hiervon geriet aber zunächst die deutsche Regierung in Schwierigkeiten. Sie mußte sich des kommunistischen Aufstandes in Mitteldeutschland erwehren, der in der dritten Dekade des März ausbrach und natürlich auch in Hinblick auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nicht ohne Auswirkungen blieb. An der Urhebererschaft der revolutionären Aktion waren zweifellos Repräsentanten des EKKI beteiligt, wohingegen eine direkte Unterstützung durch die sowjetische Regierung sich nicht nur nicht nachweisen ließ, sondern auch von Lenin gegenüber deutschen Kommunisten in Abrede gestellt wurde. Lenin

VI. Widersprüchliche Interessen

Auf die Durchführung des Wirtschaftsverkehrs wirkte sich die Übereinkunft vom 6. Mai günstig aus. Kennzeichnend für die Intensivierung des deutsch-russischen Handels war nicht nur, daß die sowjetische Vertretung in Berlin in den folgenden Monaten Aufträge von mehreren Milliarden Mark an die deutsche Industrie vergab, sondern auch, daß zwei deutsch-russische Gesellschaften gegründet wurden, die für den Transport der Waren in beiden Richtungen sorgen sollten; eine dritte zweiseitige Gesellschaft wurde zu dem Zweck gebildet, Altmetalle aus Rußland auszuführen und zu verwerten.

Gutnachbarlich gestaltete sich das deutsch-sowjetische Verhältnis auch noch auf einem anderen Gebiet. Als Rußland im Sommer 1921 von der schwersten Hungersnot seit vielen Jahrzehnten heimgesucht wurde und rasch um sich greifende Seuchen die Lage noch verschlimmerten, entsandte das Deutsche Rote Kreuz im Auftrag der Regierung ein Sanitätsschiff mit Medikamenten und Ärzten, die unter großen persönlichem Einsatz bei der Bekämpfung der auftretenden Krankheiten halfen. Es war angesichts des Ausmaßes der Katastrophe nicht viel mehr als eine freundliche und hilfreiche Geste, aber als solche wurde sie in Mos-

kritisierte vielmehr das ganze Unternehmen als eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der revolutionären Situation in Deutschland und erzwang die Aufgabe der von der organisatorischen Führung der KPD verfochtenen ‚Offensivtaktik‘. Dementsprechend kam es in den folgenden zwei Jahren zu keiner kommunistischen Erhebung in Deutschland.

Die deutsche Regierung war indes auf Grund unrichtiger Informationen zu der Ansicht gelangt, daß der März-Aufstand von der sowjetischen Regierung begünstigt worden sei, und der Innenminister sowie der Reichspräsident erhoben deswegen Einspruch gegen den sofortigen Abschluß des vorbereiteten Vertrages. Der Außenminister setzte sich jedoch über ihr Veto hinweg und ermächtigte nach einer kurzen abschließenden deutsch-sowjetischen Verhandlungsrunde drei Vertreter des Auswärtigen Amtes, das Abkommen zusammen mit dem sowjetischen Unterhändler am 6. Mai 1921 zu unterzeichnen. Als wesentlichste Einzelbestimmungen der Vereinbarung können die erneute förmliche de-jure-Anerkennung Sowjetrußlands und die von beiden Vertragspartnern übernommene Verpflichtung gelten, durch ihre Vertretungen keinerlei Propaganda zu treiben.

kau gewürdigt, zumal offenkundig war, daß Deutschland auf Grund der eigenen schwierigen wirtschaftlichen Lage und der Reparationsverpflichtungen offiziell keine Lebensmittel oder andere materielle Güter senden konnte.

Weder der Aufschwung des Wirtschaftsverkehrs noch die humanitären Hilfeleistungen konnten indes darüber hinwegtäuschen, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen im politischen Bereich in der Zeit vom Mai bis November 1921 nicht nur stagnierten, sondern sich sogar verschlechterten. Nach wie vor wurde im Auswärtigen Amt der Standpunkt vertreten, daß der wichtigste Grundsatz der deutschen Außenpolitik sein müsse, ein gutes Verhältnis zu England anzustreben, als der einzigen Macht, die das nationalistische Frankreich im Zaum halten und eine Erleichterung der Friedensbedingungen bewirken könnte; dementsprechend dürfe Deutschland auch in seiner Politik gegenüber Sowjetrußland nichts unternehmen, was den Argwohn der englischen Regierung wecken und sie verstimmen könnte.

Der damalige Außenminister Rosen, der im Prinzip keine Vorbehalte gegen eine Verbesserung und weitere Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hatte, schloß sich

dieser Auffassung während seiner Amtsperiode uneingeschränkt an, weil zu jener Zeit die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens anstand, die nach Rosens Ansicht wesentlich von dem Votum Englands abhing. Die so begründete zurückhaltende Politik gegenüber Rußland, die zudem durch Ungeschicklichkeiten und vermeidbare Fehlhandlungen der Ministerialbürokratie und des Außenministers belastet wurde, ließ bei der sowjetischen Regierung die Befürchtung aufkommen, daß in Berlin Kräfte zunehmenden Einfluß gewinnen, die auf dem Weg des Ausgleichs nicht weitergehen wollten, sondern einem Bündnis Deutschlands mit den Feinden der Sowjetrepublik das Wort redeten.

Verstärkt wurde dieses Mißtrauen ungeachtet der Entlassung Rosens Ende Oktober — die nicht zuletzt einer Verbesserung des Verhältnisses zum Osten dienen sollte — durch Gespräche zwischen deutschen und englischen Industriellen sowie vor allem durch Unterredungen zwischen Rathenau, dem Vertrauten des Reichskanzlers Wirth, und dem englischen Premierminister Lloyd George, denen allen gemeinsam war, daß sie Form und Umfang einer wirtschaftlichen Kooperation gegenüber Sowjetrußland zum Thema hatten. Am weitesten gingen die zwischenstaatlichen Pläne, an deren Ausarbeitung sich seit Dezember auch die französische Regierung beteiligte; sie waren Anfang Januar 1922 so weit gediehen, daß ein Organisationskomitee zur Gründung eines internationalen Konsortiums, das für Großaufträge zum Wiederaufbau des russischen Verkehrswesens und der zerstörten Produktionsstätten zuständig sein sollte, gebildet wurde.

Die deutsche Regierung erhoffte sich von der projektierten Zusammenarbeit mit den Westmächten Erleichterungen bei den Reparationszahlungen und allgemein ein vertrauensvolles und besseres Verhältnis zu Frankreich und England. Daß die Kooperation sich politisch und wirtschaftlich auf Kosten Rußlands vollziehen und zu einer ernststen Bedrohung seiner gesellschaftlichen Ordnung werden könnte, wurde seitens des Auswärtigen Amtes wiederholt bestritten, ohne daß damit die so gearteten Befürchtungen der Russen hätten beseitigt werden können. Die Gefahren lagen zu offensichtlich zu Tage — und um ihnen zu begegnen, griff die sowjetische Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet zu den bewährten Mitteln, wandte im politischen Bereich aber eine fast neue Taktik an.

So appellierte sie, was den zuerst genannten Aspekt betrifft, durch vermehrte Aufträge und

verlockende Konzessionsangebote an das Eigeninteresse der deutschen Industrie- und Handelskreise, was diese auch tatsächlich in der Auffassung bestärkte, daß Deutschland kein Interesse daran haben könne, „an dem russischen Geschäft nur als Unterlieferant der Entente beteiligt zu sein, sondern daß das wichtigste ist, daß Deutschland selbst wieder als Unternehmer unter eigener Verantwortung planend und entscheidend in Rußland“ aufzutreten vermöge. Um in diesem Sinne eine bessere Ausgangsposition zu gewinnen und weil sie hofften, daß die sowjetische Regierung das Außenhandelsmonopol aufgeben werde, woraufhin Rußland praktisch hätte ausgekauft werden können, drängten die Unternehmer auf die formale Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Wurde dieses Begehren im Auswärtigen Amt und von der Regierung auch nicht gering veranschlagt, so erfolgte der entscheidende Anstoß zu einem solchen Entschluß durch das politische Handeln der sowjetischen Regierung, das sich seit November 1921 zunehmend auf die Drohung konzentrierte, sie könnte die Reparationsforderungen, die ihr nach Art. 116 des Versailler Vertrages zustehen würden, wirksam werden lassen. Zwar konnte Deutschland zu dieser Zeit nicht einmal mehr seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Westen erfüllen, aber es war kaum abzusehen, welche politischen Folgen die Realisierung der russischen Forderungen nach sich ziehen würde, zumal die sowjetische Regierung andeutete, sie könnte ihre Ansprüche gegen Verrechnung der russischen Vorkriegsschulden an Frankreich abtreten. Selbst ein Wiederaufleben der französisch-russischen Allianz, womit die Isolierung Deutschlands besiegelt gewesen wäre, schien Wirth auf Grund vorliegender Nachrichten im Bereich des Möglichen zu liegen. Angesichts dieser Gefahren mochte er nicht allein auf die Hoffnung vertrauen, daß Sowjetrußland dem Versailler Vertrag, den es bisher als Raubfrieden verfehmt hatte, aus ideologischen Gründen nicht beitreten werde. Er glaubte vielmehr, unterstützt von dem Anfang November zum Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes beförderten Ago von Maltzan, daß die politische Gesamtsituation nun eine grundsätzliche Bereinigung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, einschließlich der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, erfordere. Erleichtert wurde ihm die Entscheidung durch zustimmende Äußerungen des britischen Botschafters in Berlin, d'Abernon, die dieser allerdings als seine private Ansicht zu verstehen bat.

Neben diesen akuten und in der gegebenen Situation ausschlaggebenden Faktoren für eine Verständigung vergaß man deutscherseits nicht, daß Rußland eines Tages wieder eine europäische Großmacht sein würde, zu der frühzeitig gute Beziehungen angestrebt zu haben, für das Reich machtpolitisch, etwa in Hinblick auf die erstrebte Korrektur der deutschen Ostgrenze, nützlich sein konnte.

VII. Verhandlungen in Berlin

Ende Dezember 1921 akzeptierte die sowjetische Regierung ein aus Berlin übermitteltes Verhandlungsangebot und entsandte auf deutschen Vorschlag als Unterhändler Anfang 1922 jenen Karl Radek, der 1919 nach dem Januar-Aufstand in Berlin verhaftet und einige Monate in Untersuchungshaft gehalten worden war. Als sich vom strafrechtlichen Standpunkt nichts Belastendes gegen ihn ergeben hatte, war er von August 1919 bis zu seiner Rückkehr nach Sowjetrußland im Januar 1920 in „militärische Schutzhaft“ genommen worden und hatte sich während dieses halben Jahres, von dem er später als der Zeit seines „politischen Salons“ sprach, durch Gespräche mit bedeutenden Vertretern aus Kreisen der Wirtschaft, Politik und des Militärs einen fundierten Eindruck über die innen- und außenpolitischen Ansichten, die in diesen Bereichen vertreten wurden, bilden können. 1921 hätte er mit Geschick in beiderseitigem Interesse als offizieller Verbindungsmann zwischen der sowjetischen Regierung und der deutschen Vertretung in Moskau gedient.

Es waren, wie sich zeigen sollte, zwei Themenbereiche, über die die sowjetische Regierung vor allem verhandeln wollte. Einerseits wünschte sie eine Verständigung über bestimmte Fragen, die auf der zum 10. April nach Genua einberufenen europäischen Wirtschafts- und Finanzkonferenz, auf der Sowjetrußland zum erstenmal im größeren internationalen Rahmen vertreten sein sollte, akut werden konnten; zum anderen erstrebte sie die Verpflichtung Deutschlands, sich nicht ohne sowjetische Einwilligung an Unternehmungen des geplanten internationalen Konsortiums zu beteiligen. Beiden Problemkreisen gemeinsam war das Bemühen, Deutschland aus einer anti-sowjetischen oder zumindest gegen den erklärten Willen der sowjetischen Regierung gebildeten Interessengemeinschaft mit den Westmächten zu lösen und mit seiner Hilfe günstige Präzedenzfälle für Fragen zu schaffen, die später auch mit England und Frankreich zu erörtern waren.

Das hatten auch die Gegner Sowjetrußlands 1918/19 nicht bestritten, nur waren sie der Ansicht gewesen, daß die Zukunft den antibolschewistischen Kräften gehören werde. Als sie erkannten, daß sie sich getäuscht hatten, setzten einige, wie z. B. General von Seeckt, der Großindustrielle Stinnes, aber auch der bis Anfang 1920 noch anti-sowjetisch eingestellte Ago von Maltzan, konsequent auf die Siege im russischen Bürgerkrieg.

Insgesamt gesehen erreichte Radek diese Ziele in den Gesprächen, die bis zum 17. Februar währten, nur unvollkommen. Im wirtschaftlichen Bereich verweigerten die konsultierten Industriellen, mit Hinweis auf die zu erbringenden Reparationsleistungen, einen Warenkredit in Höhe von 300 Millionen Goldmark, der insofern für die sowjetische Regierung nicht allein vom ökonomischen Standpunkt interessant gewesen wäre, als er auch ein gewisses Pfand für das politische Wohlverhalten der deutschen Unternehmer dargestellt hätte. Das Angebot der Industriellen belief sich lediglich auf 83 Millionen Goldmark und war zudem an solche Bedingungen geknüpft, daß man sich in Moskau nach der Rückkehr Radeks entschied, das ganze Projekt fallenzulassen; immerhin war der sowjetische Vertreter zu der Überzeugung gelangt, daß tatsächlich finanzielles Unvermögen und nicht politische Feindschaft gegenüber Sowjetrußland die Unnachgiebigkeit der deutschen Kapitalisten verursacht habe.

Im politischen Bereich war Radeks Erfolg gleichfalls bescheiden. Eine mit Maltzan schon vereinbarte Kompromißformel, die die dringenden Forderungen beider Seiten gegeneinander aufhob und vorsah, daß Rußland auf Reparationsleistungen verzichten wollte, während Deutschland den Beitritt zum internationalen Konsortium nur mit Einwilligung der sowjetischen Regierung vornehmen sollte, wurde von Rathenau, der am 31. Januar zum Außenminister ernannt worden war, wieder verworfen. Er wollte den russischen Verzicht auf finanzielle Wiedergutmachung lediglich mit einem „Gedankenaustausch“ honorieren, den die deutsche Seite vor einer Teilnahme an Unternehmungen des internationalen Syndikats mit Moskau vornehmen sollte; das war nun wiederum Radek zu wenig.

In einer anderen Frage, der die sowjetische Regierung besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen mit den Westmächten in Genua Bedeutung beimaß, war der sowjetische Unterhändler schon an Maltzan ge-

scheitert. Der Leiter der Ostabteilung hatte sich nicht nur kategorisch geweigert, deutsche Ansprüche, die sich aus den alten russischen Staatsobligationen und aus den sowjetischen Sozialisierungsmaßnahmen herleiteten, aufzugeben, sondern hatte sogar gefordert und durchgesetzt, daß bei der Regelung dieses Problems, wie allgemein im wirtschaftlichen Bereich, der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten sollte.

So blieb Radek als vorweisbares Ergebnis nur das deutsche Angebot zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, das schon zu Beginn der Verhandlungen vorgelegen hatte und von dem sowjetischen Abgesandten bei seiner Ankunft in Berlin mehr als Formsache denn als politisch bedeutsames Faktum bezeichnet worden war. Rathenau hatte aber auch diese Offerte noch insoweit relativiert, als er diesen Schritt nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, „sofort“, sondern nur noch „alsbald“ vollziehen wollte. Er sah in der Anerkennung Rußlands als gleichberechtigten Staat einen Trumpf, den er sich nicht aus der Hand nehmen lassen wollte. Im übrigen fürchtete er im Unterschied zu Wirth und Maltzan nicht die Annäherung Rußlands an Frankreich und England. Sie war ihm im Vertrauen auf den Erfolg seiner eigenen Politik des Ausgleichs mit den Westmächten sogar ganz lieb, da er hoffte, daß eine politische und wirtschaftliche Bindung Rußlands an den Westen in Moskau einen freiwilligen oder gewaltsamen Ruck nach rechts auslösen werde.

Noch in einem ganz anderen Bereich, dem militärischen, wurden zu jener Zeit deutsch-sowjetische Verhandlungen sowohl in Moskau als auch in Berlin geführt. Kontakte zwischen Vertretern der Roten Armee und der Reichswehr gab es nachweislich seit dem Jahre 1920. Deutscherseits waren sie in der Feindschaft gegen Polen und in der Hoffnung begründet, in Rußland Waffen bauen und erproben zu können, deren Besitz und Gebrauch Deutschland nach dem Versailler Vertrag untersagt war; sowjetischerseits sah man in ihnen sowohl ein Mittel, erfahrene Instrukoren und bestimmte Waffen für die eigene Armee zu bekommen, als auch die Möglichkeit, eine einflußreiche Gruppe in Deutschland für die politische Annäherung an Rußland zu gewinnen.

Über den Rahmen von Sondierungsgesprächen und nicht sehr ermutigenden Informationsreisen war man Ende 1921 allerdings noch nicht hinausgekommen. Unterredungen im Januar 1922 zwischen Radek und dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, der die Führungnahme zur Roten Armee deutscherseits

inauguriert hatte, ergaben, daß die sowjetische Regierung in den deutschen Militärs vorerst keine Bundesgenossen sehen konnte, auf die im Falle eines Krieges mit Polen zu zählen oder von denen eine Einflußnahme auf die deutsche Außenpolitik zugunsten Rußlands zu erwarten war.

Gleichzeitige Verhandlungen in Moskau verliefen ein wenig erfolgreicher. Sie trugen dazu bei, daß sich die Firma Junkers im März bereit erklärte, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Metallflugzeuge in russischen Fabriken zu bauen.

Einen Einfluß auf die politischen Beziehungen hatte aber auch diese Vereinbarung nicht. Wenn Čičerin und seine Delegation, die auf dem Wege nach Genua Anfang April in Berlin Zwischenstation machten, scheinbar auf mehr Verständnis bei ihren deutschen Gesprächspartnern stießen, so lag das daran, daß Rathenau seine starre Haltung in der Konsortiumfrage schon früher — angesichts der sich wieder verhärtenden Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland nach der Wahl Poincarés zum Ministerpräsidenten — revidiert hatte. Zudem wollte sich der deutsche Außenminister, und das war offenbar sein Hauptanliegen, eine günstige Vermittlerposition zwischen Ost und West auf der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz schaffen, wozu die noch bestehenden sachlichen Differenzen mit Moskau ausgeräumt werden sollten. Eine vertragliche Vereinbarung, zu der die sowjetische Delegation, ihren Interessen entsprechend, bereit war, mochte Rathenau vor Genua aber unter keinen Umständen eingehen aus Furcht, damit die Westmächte zu brüskieren und den eigenen politischen Spielraum auf der Konferenz einzuengen oder gar zu zunichte zu machen.

Auf Grund all dieser Gegebenheiten und Überlegungen kam er am 3. April bei seiner Unterredung mit Čičerin und dem stellvertretenden Außenminister Litvinov den Russen sehr weit entgegen und schlug in der Konsortiumfrage eine Formulierung vor, die den russischen Wünschen entsprach. Auch in der Entschädigungsfrage, die Čičerin anders geregelt sehen wollte als Radek noch im Februar, regte Rathenau eine Lösung an, die der sowjetische Außenminister akzeptieren konnte.

Damit war in den wesentlichen strittigen Punkten eine Verständigung erzielt worden, und die sowjetische Delegation, die sich über die Taktik des deutschen Außenministers noch nicht im klaren befand, erstellte einen neuen Vertragsentwurf, dem die Vereinbarungen vom Februar unter Berücksichtigung der jünger-

sten Verhandlungsergebnisse zugrunde lagen. Um die Unterzeichnung dieser Punktationen, die von sowjetischer Seite vorgeschlagen wurde, nun aber zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu vermeiden, ließ der deutsche Außenminister einen Gegenentwurf vorlegen, der

VIII. Genua und Rapallo

Die Deutschen waren damit auf der Konferenz in Genua für die von ihnen erstrebte Vermittlertätigkeit frei, aber weder die Westmächte noch die Russen schienen davon Gebrauch machen zu wollen. Rathenau hatte seine persönlichen Einflußmöglichkeiten ganz erheblich überschätzt, und um so peinlicher mußte für ihn die Situation sein, als am Abend des 14. April der stellvertretende italienische Delegationsleiter, Commendatore Giannini, den Reichskanzler aufsuchte, um ihn, den Außenminister und zwei Vertreter des Auswärtigen Amtes offiziell im Auftrag der Alliierten davon zu unterrichten, daß intern geführte Verhandlungen zwischen den Westmächten und den Russen über die gegenseitigen finanziellen Forderungen kurz vor dem erfolgreichen Abschluß stünden. Auf Befragen erklärte er zudem, daß bei der bevorstehenden Vereinbarung Rußland das Recht auf Reparationen von Deutschland nach Art. 116 des Versailler Vertrages zugebilligt werden würde.

Zu dieser letzten Äußerung war Giannini nicht ermächtigt, sie stellte vielmehr seine Privatmeinung dar, was er aber nicht sagte. Es waren tatsächlich am 12. und 13. April zwischen Abgesandten der Entente und den Russen informelle Gespräche geführt worden, denen ein Ende März in London erstelltes Expertenmemorandum ohne offiziellen Weisungscharakter zugrunde lag, in dem der sowjetischen Regierung das Recht auf Wiedergutmachung nach dem Versailler Vertrag zuerkannt worden war, doch war weder bei jenen Unterredungen noch bei einem Treffen der westlichen Delegationschefs mit Čičerin am 14. April dieser Punkt diskutiert oder überhaupt nur angesprochen worden.

Erörtert hatte man bisher nur den von Giannini zuerst erwähnten Themenkreis, und der von ihm hierzu gegebene Bericht über den Verhandlungsstand spiegelte durchaus zutreffend die Auffassung seiner Auftraggeber zu dem besagten Zeitpunkt, dem 14. April, wider, nur beruhten deren Ansichten auf falschen Voraussetzungen und unzureichender Kenntnis der russischen Vorstellungen — was sich aber erst am folgenden Tag, dem 15. April, herausstellen sollte. So hatten die Alliierten

alle kurz zuvor gemachten Zugeständnisse unberücksichtigt ließ, aber, wie Maltzan die undankbare Aufgabe hatte zu erklären, angeblich dieselben Konzessionen nur anders formulierte. Die Russen durchschauten das Spiel Rathenaus und reisten ab.

nicht damit gerechnet, daß die sowjetischen Forderungen, die aus der direkten und mittelbaren Intervention ausländischer Mächte in Rußland zwischen 1918 und 1920 resultierten, erheblich höher sein würden als die veranschlagten russischen Kriegsschulden und daß die sowjetische Regierung eine förmliche Verpflichtung zur Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden ablehnen würde.

Über diese weitere Entwicklung der Dinge wurden die Deutschen jedoch nicht mehr so gleich informiert, wohl nicht zuletzt deswegen, weil ihre Interessen nicht unmittelbar berührt waren. Sie erhielten aber auch keine beruhigende Versicherung im Hinblick auf Artikel 116 des Versailler Vertrages, obwohl Rathenau Giannini nachdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß er sich unter solchen Umständen gezwungen sehe, nach einem anderen Ausweg zu suchen. Davon ist Lloyd George offenbar nicht bekannt geworden. In den Tagen zuvor hatte sich allerdings auch schon Maltzan, von dem Text des allgemein bekannten Londoner Expertenmemorandums ausgehend, im gleichen Sinne wiederholt gegenüber Vertretern der englischen Delegation geäußert, mit der Bitte, es dem britischen Premierminister, zu dem ein direkter Kontakt nicht herzustellen war, weiterzuberichten; diese Bemühungen waren jedoch gleichfalls ergebnislos verlaufen. Später notierte Gregory, der Leiter der russischen Abteilung des Foreign Office, er habe Maltzan damals kein Wort geglaubt, weil er ihn für den „ölgigen, gleisnerischen Typ eines Deutschen, der äußerst unzuverlässig“ sei, gehalten habe.

Einen solchen Eindruck zu erwecken scheint dem Leiter der deutschen Ostabteilung auch nach anderen Zeugnissen nicht schwergefallen zu sein; andererseits kann man ihm in Würdigung seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt politischen Realitätssinn und diplomatische Geschicklichkeit ebensowenig absprechen wie klug kalkulierten Wagemut, den er etwa am 15. April bewies, als er im Auftrag Rathenaus Kontakt zu der sowjetischen Delegation aufnahm, um die Fortsetzung der in Berlin unterbrochenen Gespräche anzubieten. Obwohl die Russen, die mehr denn je an einem vertraglichen Präzedenzfall interessiert waren, als

Druckmittel natürlich betonten, daß ihre Gespräche mit den Alliierten gute Fortschritte machten, verlangte Maltzan als Bedingung für die Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Verhandlungen die Erklärung, daß Rußland für den Fall, daß es einem dritten Staat gegenüber seine Vorkriegsschulden bzw. finanziellen Verpflichtungen auf Grund der Sozialisierungsmaßnahmen anerkenne, entsprechende deutsche Forderungen nach dem Prinzip der Meistbegünstigung behandeln werde. Dieses Zugeständnis hatte Čičerin in Berlin wegen der möglichen weitreichenden Konsequenzen abgelehnt, und Rathenau hatte in dieser Frage nachgegeben.

Auch jetzt fiel der sowjetischen Delegation die Entscheidung offensichtlich nicht leicht, denn erst um 1/23 Uhr nachts rief ihr Rechtsexperte Sabanin den Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt an und teilte ihm mit, daß man bereit sei, die Meistbegünstigungsklausel zu konzedieren; er verheimlichte bei dieser Gelegenheit nicht, daß sich die Beratungen mit den Alliierten zerschlagen hätten.

Auf Grund der letzten Nachricht glaubte der deutsche Außenminister, noch einmal der Entscheidung ausweichen zu können, doch in der später als „Pyjamasitzung“ berühmt gewordenen Diskussion unterlag er Maltzan und Wirth, die auf einen sofortigen Vertragsabschluß drängten; wenn es nicht anders gehe, drohte der Reichskanzler gar, werde er das Abkommen selbst unterzeichnen. Rathenau konnte lediglich durchsetzen, daß Maltzan am nächsten Vormittag in Erfahrung bringen sollte, ob die Vorstellungen und Warnungen, die er tags zuvor noch einem seiner englischen Gesprächspartner unterbreitet hatte, etwas genutzt hätten. Veruche, diesen Bekannten telefonisch zu erreichen, scheiterten indes, woraufhin Rathenau einwilligte, nach Rapallo zu fahren, wo die Russen abseits von den übrigen Delegationen untergebracht waren, um zu dokumentieren, daß sie noch nicht gleichberechtigt mit den Vertretern anderer Staaten seien. Nach mehrstündigen Beratungen konnte am frühen Abend gegen 18.30 Uhr der Gesamtvertrag, der aus einem zur Veröffentlichung vorgesehenen Abkommen und einem Geheimprotokoll bestand, von dem sowjetischen und dem deutschen Außenminister unterzeichnet werden. Inhaltlich lag ihm der von Čičerin in Berlin gefertigte Entwurf zugrunde, in den die Meistbegünstigungsklausel, so wie sie Maltzan am Tag zuvor verlangt hatte, eingearbeitet worden war.

Damit hatten Deutschland und Rußland durch den gegenseitigen Verzicht auf Erstattung der

Kriegskosten und -schäden sowie durch den deutschen prinzipiellen Verzicht auf Entschädigung für die sowjetischen Sozialisierungsmaßnahmen einen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen. Mit dem Beschluß, die diplomatischen und konsularischen Beziehungen sogleich wiederaufzunehmen, sowie der Vereinbarung, im wirtschaftlichen Verkehr den Grundsatz der Meistbegünstigung anzuwenden, legten sie zugleich im zwischenstaatlichen Bereich den Grundstein für ein künftiges normales, gutnachbarliches Neben- und Miteinander, obwohl die ideologischen Differenzen natürlich fortbestanden und das beiderseitige Verhältnis in den kommenden Jahren manchmal sehr strapazierten. Rückblickend als unbedeutend erwies sich die Klausel, auf die Moskau ursprünglich den größten Wert gelegt hatte und die vorsah, daß Deutschland sich an Unternehmen des — geplanten, aber nie realisierten — internationalen Konsortiums nur nach vorheriger Übereinkunft mit der sowjetischen Regierung beteiligen sollte.

Entsprach der Vertrag damit soweit wie möglich den Interessen beider Partner, so wurde er doch nur auf sowjetischer Seite uneingeschränkt begrüßt. In Moskau sah man in ihm eine wichtige und wirksame Garantie gegen eine antisowjetische politische und wirtschaftliche Einheitsfront der kapitalistischen Staaten und einen wertvollen Präzedenzfall für die Regelung der finanziellen Forderungen, die Rußland gegenüber auf Grund der Vorkriegsschulden und Sozialisierungsmaßnahmen geltend gemacht wurden. Dementsprechend erklärte das Zentralexekutivkomitee auf Vorschlag Lenins in einer Resolution am 18. Mai 1922, daß es nur Verträge dieser Art als Norm für die Beziehungen Sowjetrußlands zu kapitalistischen Staaten anerkennen wolle.

In Deutschland war die Zahl derjenigen, die die erzielte Übereinkunft mit gleicher Lebhaftigkeit begrüßten, sehr viel kleiner. Im Reichstag stimmten zwar alle Fraktionen dem Abkommen grundsätzlich zu, erhoben aber gleichzeitig, mit Ausnahme der DDP, mehr oder weniger ernste Bedenken. Am schwerwiegendsten war der Vorwurf, Deutschland habe mit der Unterzeichnung des Vertrages die Westmächte brüskiert.

In der Tat hatte die deutsch-sowjetische Sonderaktion, mit der anscheinend zu diesem Zeitpunkt niemand gerechnet hatte, in Genua eine ungeheure Aufregung ausgelöst. Die Vertreter der Großen und der Kleinen Entente warfen Deutschland in einer Kollektivnote vom 18. April vor, es habe durch das Abkommen den „Geist gegenseitigen Vertrauens zerstört“.

Zwei Tage später betonte Lloyd George vor der Presse aber schon, daß seiner Ansicht nach der durch den deutsch-russischen Vertrag geschaffene Zwischenfall beigelegt sei.

Sein rasches Einlenken erklärt sich einerseits daraus, daß er inhaltlich an der Vereinbarung nichts auszusetzen hatte, vor allem aber aus dem Bestreben, seiner politischen Konzeption für Europa nicht selbst den Boden zu entziehen. Aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen hielt er es für unausweichlich, daß Deutschland und Rußland allmählich wieder an den Westen herangeführt würden. Englands Wohlstand, so hatte er schon 1921 dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Briand zu bedenken gegeben, beruhe auf dem Handel, der einen aufnahmefähigen deutschen und russischen Markt dringend benötige. Bleibe es jedoch bei der derzeitigen Politik, so bestünde keine Hoffnung auf ein Wiedererstarken der europäischen Volkswirtschaft, vielmehr sei zu befürchten, daß Deutschland und Rußland sich eines Tages verbündeten und zu gegebener Zeit einen Revanchekrieg gegen den Westen und Polen beginnen würden.

Briand hatte sich diesen Vorstellungen nicht verschlossen und war gerade deswegen im Januar 1922 von der nationalistischen Mehrheit der Kammer zum Rücktritt gezwungen worden. Sein Nachfolger, Poincaré, stellte vom Standpunkt des agrarischen Frankreichs, das zudem Deutschland an Bevölkerungszahl unterlegen war, Lloyd George eine eigene Konzeption entgegen, die darauf hinauslief, daß nur die militärische, wirtschaftliche und politische Schwäche Deutschlands den Frieden in Europa garantiere. Die Politik Lloyd Georges, fürchtete er, werde den Deutschen den Sieg ge-

ben, den sie auf dem Schlachtfeld vergeblich gesucht hätten.

Der Abschluß des Rapallo-Vertrages bestärkte ihn in der Ansicht, daß man mit dem Nachbarn im Osten bisher zu nachgiebig verfahren sei; er verschaffte ihm den gern ergriffenen und am 24. April in einer Rede in Bar-le Duc genutzten Anlaß zu betonen, daß Frankreich auf jeden Fall entschlossen sei, die ihm zustehenden Rechte uneingeschränkt zu wahren und daß es gegebenenfalls auch alleine, ohne Hilfe seiner Bundesgenossen, die hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen werde. Da Deutschland schon jetzt seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen konnte, war es nach dieser Drohung nur eine Frage der Zeit, wann Frankreich die nächsten Sanktionen durchführen würde. Daß als Ziel hierfür das Ruhrgebiet ausersehen war, blieb nicht lange verborgen. Lloyd George suchte vergeblich unter Berufung auf Versprechungen Millerands aus dem Jahre 1920, Poincaré von einer einseitigen französischen Aktion abzuhalten.

Angesichts dieser Gegebenheiten wird man die Bedeutung des Rapallo-Vertrages für das Verhältnis Deutschlands zu den Westmächten darin sehen müssen, daß er schon zuvor bestehende Tendenzen verstärkte. Er trug dazu bei, daß sich die deutsch-französische Krise schneller zuspitzte; andererseits verbesserten sich die Beziehungen zu England spürbar. Rathenau konnte schon im weiteren Verlauf der Genua-Konferenz die Vermittlerrolle zwischen Großbritannien und Rußland spielen, die ihm vor Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages nicht zugebilligt worden war.

Der Weg nach Rapallo hatte sich alles in allem gelohnt.

Wolfgang Pfeiler:

Das russische Deutschlandbild und das sowjetische Bild von der Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/72, S. 3—22

Das Handeln der politischen Führungsgruppen eines Staates wird nicht nur durch die ‚objektive Realität‘ einer gegebenen politischen Lage bestimmt. Bestimmend für dieses Handeln ist auch das allgemeine Weltbild der Führer, in das ständig Informationen über die politische Umwelt zu einer Theorie der Situation inkorporiert werden. Will man die Politik zweier Staaten zueinander verstehen, so ist es nötig, die Bilder zu kennen, die ihre Führungen voneinander haben.

Für die sowjetische Führung stellt sich die Bundesrepublik als ein Teil der Objektklasse ‚Kapitalistische Länder‘ dar; das ist der ideologische Rahmen des Bildes. Die BRD erscheint aber auch als die ungebrochene Fortsetzung deutschen Wesens und deutscher Politik aus früheren Jahrhunderten; das ist die Reflexion der historischen Erfahrungen. Viele der Elemente des historischen Deutschenbildes des Russen sind heute verschwunden. Sie wurden eliminiert, als die gesellschaftlichen Kräfte, an die sie gebunden waren, eliminiert wurden. So gibt es heute in der Sowjetunion keinen Haß gegen die Deutschen, keine Deutscheindlichkeit. Träger solcher negativen Einstellungen zu Deutschland waren in der Vergangenheit die Panslawisten, die Slawophilen und die russisch-orthodoxe Kirche, während die russischen Sozialisten — vor allem die Bolschewiken — von Anfang an eine positive Einstellung zu Deutschland hatten. Diese prodeutsche Orientierung findet sich bei Lenin, bei Stalin und auch noch bei der heutigen sowjetischen Führung, wenn auch die Ereignisse des Krieges ihre Spuren hinterlassen haben.

In vielen Fällen überschneiden sich jedoch geschichtliche Überlieferung und ideologische Perzeption der Gegenwart. So verkörpern aus sowjetischer Sicht die ‚herrschenden Kreise‘ der Bundesrepublik die Fortsetzung einer Politik, die oft mit ‚Drang nach Osten‘ beschrieben wird. Und auch hierin sind sich russische Überlieferung und Gegenwart einig: Die ‚herrschenden Kreise‘ in Deutschland erscheinen in hohem Maße als wirklichkeitsfremd. Sie überschätzen die eigenen Kräfte und Interessen und unterschätzen die der anderen Staaten.

Horst Günther Linke:

Deutschland und Sowjetrußland von Brest-Litowsk bis Rapallo

Aus Politik und Zeitgeschichte B 16/72, S. 23—38

Vier Jahre nach dem Abschluß des Diktatfriedens von Brest-Litowsk, der auf Grund der militärischen Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg nur wenige Monate Bestand hatte, schlossen der deutsche und der sowjetische Außenminister in Rapallo einen Vertrag, der von seinen Befürwortern als vorbildliches Beispiel für friedliche Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung und als ehrenhafter Friedensvertrag, wie er auch zwischen den Westmächten und Deutschland hätte geschlossen werden müssen, bezeichnet wurde. Die Kritiker des Abkommens, das im wesentlichen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die Gewährung der Meistbegünstigung im wirtschaftlichen Verkehr und den Verzicht auf bestimmte finanzielle Ansprüche beinhaltete, wandten hingegen ein, daß die Vereinbarung den schon vorhandenen Keil zwischen Deutschland und den Westmächten noch tiefer treiben werde. Diese Befürchtung, die sich nur sehr bedingt als zutreffend erweisen sollte, war auch den verantwortungsbewußten Anhängern einer aktiven deutschen Ostpolitik nicht fremd und letztlich nur durch die Sorge, daß die Westmächte sich mit Sowjetrußland auf dem Rücken Deutschlands einigen könnten, überwunden worden. Mindestens zwei Jahre lang, seit 1920, hatte deutscherseits die Angst, England zu verstimmen, das Hauptargument gegen eine Normalisierung der Beziehungen zu Sowjetrußland gebildet. Für eine Verbesserung des Verhältnisses zu Sowjetrußland hatten sich schon sehr früh Kreise der Wirtschaft eingesetzt, gefolgt von Politikern mit pazifistischen wie auch nationalistischen Zielen. Die sowjetische Regierung tat das ihre, um diesen Kräften Rückhalt und Aufschwung zu geben. Sie war stets für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Reich eingetreten, wobei sie sich zunächst vor allem von taktischen Gesichtspunkten leiten ließ, bis sie während des Krieges mit Polen 1920 zu der Erkenntnis gelangte, daß Deutschland noch nicht reif für die proletarische Revolution sei und man für lange Zeit einen Modus vivendi mit dem bürgerlichen Deutschland suchen und finden müsse.